INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM

Nr. 414

3. April 1997



Termine

Freitag 4. April

21.00 AK-Kraak Nr.15, das Videomagazin, im El Locco, Kreuzbergstr. 43

21.00 Film: "Antonias Welt" / FrauenLesbenVideoKino, im Café Größenwahn, Kinzigstr. 9 HH

Samstag 5. April

15.30-20.00 Kaffee, Kuchen und Film "Pippi geht von Bord", im Café Größenwahn, Kinzigstr. 9 HH

19.00 Ausstellungseröffnug: Kultur-Kult-Krise, im El Locco, Kreuzbergstr. 43

Sonntag 6. April

Beginn einer Fotoausstellung zu Aktivitäten linksradikaler Gruppen in Rußland im EX, Gneisenausstr. 2a

20.00 Vorbereitungsplenum zum 1.Mai im Nachladen, Waldemarstr.

Dienstag 8. April

9.00: Prozeß wg. Bundeswehrgelöbnis am 31.5. (siehe Heft) Amtsgericht Tiergarten, Wilsnackerstr.4, Raum D 106

19.30 Vortrag: "Dritte Kammern für soziale Bewegungen und NROs. Ein Vorschlag für politisch nachhaltige Entwicklung" mit Mohssen Massarrat (Uni Osnabrück). Veranstalter BLUE 21 im FDCL , Ort: Haus der Demokratie

Donnerstag 10. April

10.30 Treffen zum Kinderblock im Freidrichshainer Frauenzentrum, Proskauer Str.(Siehe Heft)

Freitag 11. April

20.00 Vortrag, Dias, Video zu Hannah Höch (Dada-Künstlerin), im El Locco, Kreuzbergstr. 43

20.00 Kino im Größenwahn: "Das Schweigen der Lämmer", im Café Größenwahn, Kinzigstr. 9 HH

20.00 Buchvorstellung: "Sie behandeln uns wie Tiere" im Buchladen *Schwarze Risse*, Gneisenaustr. 2a (siehe im Heft)

Samstag 12.April

15.30-20.00 Kaffee, Kuchen und Film "Keiner liebt mich", im Café Größenwahn, Kinzigstr. 9 HH





Heraus zum 11. Autonomen 1.Mai in Wuppertal!

Schickt Sport-Teams zum 2. Transbergischen Triathlon am 26.April

Protokoll des 1.Mai Vorbereitungstreffens



30.3.97
Ab jetzt regelmäßig!
Maivorbereitung hat verschiedene AG's eingerichtet:

Technix:

Neben dem angehen der klassischen Demo-Equipments, wird insbesondere Kontakt zu Demo-Sanis gesucht.

Presse:

Die ersten Presseerklärungen wurden bereits verschickt

Mobilisierung:

hat noch nicht getagt, da dies unerläßliche Zubehör a'la Aufrufe und Plakate erst im Laufe dieser Woche verfügbar sind.

Plenumsdiskussion:

Einzelne Punkte und Formulierungen des 1.Mai-Aufrufes gaben Anlaß zu angeregter Diskussion:
u.a. dem Wunsch nach deutlichem Hinweis auf evtl. Faschoaufmärsche und in diesem Zusammenhang dem publizieren einer Tel.Nr. des Infotelefons auf dem Aufruf selbst, wurde entsprochen.
Das Bedürfnis relevanter Teile des Vorbereitungsplenums, politische Unterschiede zwischen der O-Platz-Demo und der rev.1.Mai-Demo ab Rosa Luxemburg-Patz im Aufruf zu benennen, fand Verwirklichung in einer Kompromißformel.
Konsens fand das Bedürfnis, auf dem Plakat einen Hinweis, auf zu erwartende Faschoaufmärsche zu integrieren.
...
Das Protokoll hält die Übereinstimmung des Vorbereitungsplenums bezüglich des Erscheinungsbildes der Demo-Spitze und besonders des Leittransparentes fest: Wichtig ist die politische Aussage, die sich im Inhalt der Transparente, etc.spiegelt. Nicht gewollt sind Symbole, die für eine Gruppierung allein stehen.

Kurze Diskussion über die Beteiligung von Parteien an der Vorbereitung wurde nicht zuende geredet, da keine Partei (mehr) als solche beteiligt ist.

Eine Diskussion über die von P'berger Gruppen, Projekten und Einzelpersonen initiierte Veranstaltung (Kiezpalaver, Kritik an Demovorbereitung, eine Mai Demo „losgelöst" von dortigen Gruppierungen zu veranstalten) ergab, daß die Vorbereitungsgruppe sich an selbiger konstruktiv beteiligen möchte.
Diese Veranstaltung findet statt: **8.4. - 19Uhr im Elias-Gemeindehaus, in der Görenerstr.11 (Görener Ei).**

Zuguterletzt der Hinweis, das interessierte zum Vorbereitungstreffen eingeladen sind:
Sonntags, 20Uhr, Nachladen

eure 1.Mai-Vorbereitung

drei Schritte vor und zwei zurück...

Unserem fundiert formulierten Ausstieg aus der Mai-Vorbereitung laufen die Prämissen davon, zumindest in weiten teilen. Nach dem wir in der letzten Interim Nr.413 bipolar dargelegt haben, warum AOK gut, bzw andere böse , disqualifiziert sich nun „böse" mittels unklugem Formfehler freiwillig. (Forderung der O-Platzvorbereitung nach Ausschluß des AOK aus R.L.- Bündnis als Voraussetzung zur Zusammenarbeit. Mit der gegenteiligen Wirkung, einer Absage seitens R.L.-Vorbereitung an Zusammenarbeit mit O-Platz-Vorbereitung, echt verzwickt....)
In diesem Sinne beteiligen wir uns wieder an der 1.Mai-Vorbereitung.

AOK

STELLUNGNAHME ZUM 1.MAI 97

(Das Wort haben die GenossInnen der Antifaschistischen Aktion Berlin/AG 1.Mai)

Zur „revolutionären 1.Mai“ - Demo

Was wir wollten...

Unser Ziel war, der Bedeutung des 1.Mai als internationalistischem Kampf- und SOLIDARITÄTS-Tag Rechnung zu tragen. Wir wissen nicht, warum ausgerechnet in Berlin nicht funktionieren soll, was weltweit Praxis ist: Widersprüche unter uns gibt es zuhauf, und das weiß auch wirklich jedeR. Gerade - und vielleicht ausnahmsweise- am ersten Mai muß die Solidarität aller linken revolutionären Kräfte im Vordergrund stehen, aller, die eine grundsätzliche Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse anstreben. Abgrenzungen ergeben sich von selbst durch die genaue Benennung der eigenen Inhalte, die sich auch in eigenen Demo-Blöcken ausdrücken können. Wer aber glaubt, genau seine engumrissenen Vorstellungen einer gesamten Maidemo aufdrücken zu können, wird zwangsläufig scheitern oder die Massenschlägereien provozieren, die dem 1. Mai in Berlin so traurige Tiefpunkte verschafft haben.

Diese Einsicht als „Linksliberalismus“ zu diffamieren, ist Begriffsverwirrung. Liberalismus geht davon aus, daß die kapitalistische Wirtschaft am besten funktioniert, wenn den Leuten ihre kleinen Freiheiten und Eitelkeiten zugestanden werden, wie Einstellung, Erscheinungsbild, Lebensstil. Damit handelt es sich um eine Gegenströmung zum Sozialismus, da dieser den Kapitalismus als Ganzes überwinden will. Gerade die gemeinsamen Wurzeln in den verschiedenen sozialistischen Strömungen sind uns aber Grund genug, untereinander ein Mindestmaß an Solidarität vorauszusetzen. Wir fordern alle Leute auf, sich nochmal die 1.Mai-Aufrufe seit 88 durchzulesen, die glauben, früher hätte es eindeutige inhaltliche Vorgaben gegeben, während jetzt alles verschwommen ist. Die gemeinsamen Aufrufe hatten schon immer sammelnden Charakter, nur stehen wir als AAB auch hinter diesem Zustand und befürworten dies ausdrücklich. Einheit in der Aktion, Freiheit in der Agitation!



OLLE KAMELLEN ODER BRAND NEW RETRO?

Unsere Hoffnung war darauf gerichtet, einen Schlußstrich unter die innerlinken Ausschreitungen in Berlin ziehen zu können, indem sich die Diskussion an dem misst, was JETZT gesagt wird, wer sich JETZT wie verhält. Denn wer sich die Vorwürfe an RK bzw. AOK anschaut, wird staunend feststellen, daß diese sich teilweise auf Vorfälle von vor mittlerweile 10 jahren beziehen. Ohne auf die unseligen Zwischenfälle genauer eingehen zu wollen, bleibt doch festzustellen, daß hier alle Seiten Fehler gemacht haben. Wir haben gehofft, durch einige Jahre erfolgreiche Praxis (und eine vorläufige räumliche Trennung der Fraktionen) diese Differenzen auf ein erträgliches Maß reduzieren zu können. Insofern waren wir mit dem Verlauf des letztjährigen 1.Mai zufrieden.

...und was wir bekamen

Die Vorbereitungskreis zum diesjährigen 1.Mai am Rosa-Luxemburg-Platz besteht im wesentlichen aus den Gruppen des Vorjahres. Herausgezogen haben sich mehrere Antifa-Gruppen, die sich auf Anti-Nazi-aktionen konzentrieren wollen sowie Gruppen aus dem sozialrevolutionären Plenum, das nicht mehr existiert, neu hinzu kam für 2 Treffen das Anti-Olympia-Komitee. Diese plädierten für eine deutliche Distanzierung von der O-Platz-Demo und sprachen sich dafür aus, den RK jede Form von Solidarität zu verweigern, selbst z.B. bei Bullenangriffen. Diese Haltung lehnen wir ab, würden sie aber niemals mit einem Ausschluß aus der 1.Mai-

Vorbereitung beantworten. Wir gehen davon aus, daß diese Position der AOK weit verbreitet ist in einer Szene, der wir uns trotz vieler Reibereien und Organisationsfeindlichkeit verbunden fühlen. Gerade weil sich die AAB in ihrer großen Mehrheit aus dieser Szene heraus entwickelt hat, setzen wir auf Diskussions- und Entwicklungsprozesse statt auf Abgrenzung und Ausschlüsse.

Genau diesen Ausschluß fordert aber die O-Platz-Vorbereitung als Bedingung für weitere Zusammenarbeit. Dies reiht sich nahtlos in die Agitation einiger Gruppen aus dieser Vorbereitung, wonach sie die „wahren" Revolutionäre sind. Wir werden uns auf keinen Ausschluß einlassen, es gibt folglich kein gemeinsames Demo-Motto und keine gemeinsame Pressekonferenz. Vielmehr sind wir durch das Verhalten der O-Platz-Vorbereitung in Argumentationsnöten, warum nicht auch inhaltliche Unterschiede stärker betont werden sollten. Inzwischen gehen wir davon aus, daß es richtig ist, vorrangig die eigene Demo zu pushen.

Zum Nazi-Aufmarsch

Was wir meinen...

Seit den 90er Jahren versuchen die Nazis verstärkt, den 1.Mai in Berlin für sich zu besetzen. Teilweise von Antifas auseinandergejagt, teilweise aber auch unbehindert marschierten sie fast jährlich auf. Für uns bedeutet dies, daß wir ihnen den ersten Mai nicht überlassen dürfen Dazu gehört , daß wir jeden Aufmarsch verhindern, aber auch eigene Akzente auf einer linken Demo setzen. Das eine ohne das andere ist perspektivlos.

Wir rufen alle auf, kurzfristige Ankündigungen zu eventuellen Nazi-Aufmärschen zu beachten und sich ihnen entgegenzustellen. Gleichzeitig rufen wir dazu auf, sich auch in diesem Jahr wieder am Antifablock der 1.Mai-Demo zu beteiligen. Gegebenenfalls wird der gesamte Block in Richtung Nazi-Demo aufbrechen. Wenn nicht, beteiligen wir uns an der revolutionären 1.Mai-demo, die aber auf jeden Fall stattfinden wird. Die beiden Veranstaltungen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Nicht alle unter den Tausenden Linken, die am 1.Mai nach Berlin kommen, trauen sich zu, sich ohne Vorbereitung und Ausrüstung, bei unsicherer Unterstützung und ohne Ortskenntnisse in Richtung Nazi-Aufmarsch aufzumachen.

...und was wir tun werden

Im Moment sieht es nach einer zentralen Nazi-Mobilisierung nach Leipzig aus, doch auch für Berlin sind bereits Aufrufe bekannt. Wir haben Kontakt mit der Leipziger Antifa aufgenommen. Auch für Berlin hat sich bereits ein Vorbereitungskreis aus so ziemlich allen aktiven Antifa-Gruppen gebildet, der einen Aufmarsch in Berlin verhindern will. Zusätzlich gibt es bereits reges Interesse und ein Bündnistreffen mit Parteien und Gewerkschaftern, die sich gegen einen Naziveranstaltung engagieren wollen.
Genaueres läßt sich wohl erst zu einem späteren Zeitpunkt sagen, da die Nazis ja letztes Jahr bewiesen haben, wie schnell sie von Nürnberg nach Berlin ummobilisieren konnten.

Zum Streit um die Route Prenzlauer Berg

Von Stadtteilgruppen aus Prenzlauer Berg wurde Protest gegen die geplante Route durch den Bezirk ihrer Stadtteilarbeit bekundet. Da es aber in nächster Zeit ein gemeinsames und öffentliches Treffen zur Diskussion geben wird, warten wir dessen Verlauf ab, um danach eine ausführliche Stellungnahme zum Konflikt zu formulieren.

AAB, AG 1.Mai, 27.3.97

Und Ihr?

Kinderblock

"Piraten haben große Angst, vor dem Klabautermann...
nur wir Piratenkinder, wir haben keinen Schiß...."

Wir - Frauen aus Ost und West - wollen für die 1. Mai - Demo am Rosa- Luxemburgplatz einen möglichst internationalen phantasievollen Kinderblock organisieren und die Arbeit von FrauenLesben thematisieren.
Wir sind offen für neue Ideen und freuen uns auf alle FrauenLesben, die den Kinderblock mit vorbereiten wollen.
1. und 2. Treffen bei Frieda (Friedrichshainer Frauenzentrum) Proskauer Straße, U-Bahn Samariterstraße
am Donnerstag nach Ostern, den 3. und 10. ~~März~~ April ab 10.30 im Bewegungsraum.
parallel dazu findet wie jeden Donnerstag das offene Arbeitslosenfrühstück für FrauenLesben statt.
Außerdem gibt es einen Spielraum mit netter Kinderbetreuung.



Aus aktuellem Anlaß (Beschlagnahmung von 680 Exemplaren der Dokumentation von Texten aus ehemaligen radikal-Ausgaben und der Durchsuchungen von 2 Privatwohnungen und des Antirepressionsbüro in den Räumen der PDS Berlin-Kreuzberg - lese taz & jw vom 24.3.-) und weil schon die Abwehr der bisherigen staatlichen Angriffe gegen Menschen wg. radikal, K.O.M.I.T.T.E.E. und AIZ viel Geld gekostet haben, ein dringender Spendenaufruf (macht mal wieder 'ne Party, plündert eure Konten, laßt den Hut rumgehen, sauft Soli, organisiert eine Versteigerung, schnorrt reiche Leute an...):

Berlin, den 24.3.97

Berliner Solikonto:

Rote Hilfe Berlin
- *Stichwort 13.6.* -
(nicht vergessen anzugeben!)
Kto.Nr.: 71 89 590 600
Berliner Bank
BLZ 100 200 00

Weitere Infos zu den Verfahren ect.:

Antirepressionsbüro
Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin
Tel.: 030/6949254 & FAX 030/6949354
Öffnungszeiten:
Mo 18-20h, Mi & Fr 12-14h

Bestellung der Dokumentation kriminalisierter Texte aus vergangenen radikal-Ausgaben über die o.g. Adresse gegen 6,- DM je Exemplar

Wir lassen uns nicht einschüchtern!

Justiz und Bullizei:
Stellt die Verfahren ein!
Rückt die beschlagnahmten Sachen raus!
Lest und lebt radikal!

MigrantInnenprojekt KöXüZ wird aus dem A 6-Laden von HausbewohnerInnen rausgeschmissen

Eine andere türkische Gruppe übernimmt den Laden

Wir, einige Beobachtende, an den mehrwöchigen Konflikten und Auseinandersetzungen zwischen den HausbewohnerInnen und den A6 Leuten nicht direkt Beteiligte nahmen am 22.März an einer Diskussion von den A6 (KöXüZ)-Leuten, HausbewohnerInnen der Adalbertstraße 6, der neuen jetzt im Laden sitzenden türkischen Gruppe und UnterstützerInnen beider Gruppierungen im A6-Laden teil.

Zur Geschichte:

Der Laden A6 (Adalbertstr.6 - SO 36) steht seit 1990 als Synonym für die politische Selbstorganisierung von MigrantInnen in der BRD, gegründet und aufgebaut durch die *Antifasist Gençlik*

Am 4. April 1992 wurde der Faschist Gerhard Kaindl (Deutsche Liga für Volk und Heimat), der sich zusammen mit anderen Faschisten *(T.Thaler, Ex-Republikaner; C.Pagel, Rechtsanwalt der rechten Szene und Ex-Berliner Landesvorsitzender der BerlinerRepublikaner und R.Kendzia, bis 92 Bundesvorsitzender der Deutschen Liga)* in einem Restaurant am Kottbusser Damm traf bei einem Angriff von AntifaschistInnen tödlich verletzt .

Die damaligen Ermittlungen richteten sich fast ausschließlich gegen türkische und kurdische Frauen und Männer. Im Mai 1992 kommt es zu 10 Hausdurchsuchungen, auch gegen Mitglieder von Antifasist Genclik. Im November 1993 kommt es aufgrund von Aussagen einen türkischen Jugendlichen zu Verhaftungen von türkischen und kurdischen AntifaschistInnen, z.T. organisiert in *Antifasist Gençlik.* Am 20.9.1994 beginnt der Prozeß gegen inzwischen 7 deutsche, türkische und kurdische Antifas , der Ende 1994 mit einem Freispuch und Haftstrafen zwischen 15 Monaten auf 3 Jahre Bewährung bis zu 3 Jahre ohne Bew. und mit Freigängerstatus endet. Einer wird aufgrund eines psychiatrischen Gutachtens, das ihn für schuldunfähig erklärt, aus der Haft entlassen.

Bei 3 der 4 Gesuchten werden schließlich die Haftbefehle aufgehoben. Der vierte Gesuchte Cengiz Ulutürk, der im Prozeß belastet wurde, Kaindl erstochen zu haben , kann nicht zurückkehren und wird , nachdem er sich dem bewaffneten Kampf der Devrimci Halk Partisi *(Revolutionäre Volks-Partei)* in Kurdistan angeschlossen hatte 1996 in einem Gefecht mit dem Türkischen Militär ermordet.

Bereits 1993 löste sich die *Antifasist Gençlik* gezwungenermaßen nach den Angriffen des Staatsschutzes (Kaindl) auf. Am 22.Januar gründete sich, neben dem UnterstützerInnenkreis, der von Deutschen dominiert wurde, die bundesweite MigrantInneninitiative *Antifasist Gençlik* Komitee zur Unterstützung der gefangenen und verfolgten Antifas. Nach dem Prozeß wird er A6 -Laden von einigen der Ex-Gencliks, anderen MigrantInnen und deutschen Linken weiterbetrieben.

Seit 1995 organisiert sich dort ausschließlich die MigrantInnen-Gruppe KöXüZ, die ihre politische und kulturelle Arbeit in der A6 als konsequente Fortsetzung einer selbstbestimmten MigrantInnen-Organisierung und Teil einer Vernetzung von MigrantInnen-Zusammenhängen aus ganz Europa sehen . *(Aus einem Flugblatt von KöXüZ vom 10.März 1997)*

Zuletzt wurde von dem Laden aus die antifaschistische Demonstration nach Grevesmühlen (Sept. 96) zusammen mit deutschen AntifaschistInnen organisiert, die, nachdem ein totales Demonstrationsverbot ausgesprochen worden war, mit einer Massenfestnahme der Bullen von mehreren hundert Antifas am Grevesmühlener Bahnhof endete.

Zum derzeitigen Konflikt:

Es gab Mietrückstände, die zu einer Kündigung führten und offene Stromrechnungen, die zum zeitweiligen Abstellen des Stromes führten. In einem Hin und Her und nach Gesprächen wurden schließlich alle Rechnungen bezahlt und die Kündigung abgewehrt. (Den genauen Zeitpunkt wissen wir nicht)

Seit Anfang des Jahres 97 spitzte sich der Konflikt jedoch zu. Die HausbewohnerInnen teilten den KöXüZ- Leuten mit, daß sie zu gehen hätten und begründeten dies eben mit jenen Miet- und Stromschulden *(5 mal drei und 2 mal vier nicht bezahlte Monatsmieten, eine Kündigung und abmontierter Stromzähler)* und fehlendem Vertrauen einerseits und anderseits damit, daß eine Kommunikation zwischen ihnen und KöXüZ nicht mehr möglich war. *(laut eines Flugblattes der BewohnerInnen der A6)*

Ein anderer Grund der BewohnerInnen sei, so jedenfalls sagt KöXüZ, daß in dem Laden eh nicht mehr so viel laufen würde bzw. nicht die korrekte „multi-kulturelle Arbeit" *(siehe auch junge Welt vom 27.März 96)*

Schließlich wurde Anfang des Jahres das Schloß des Ladens von den BewohnerInnen gegen den Willen von KöXüZ ausgetauscht und der neuen türkischen Gruppe die Schlüssel übergeben.

Dazu erscheint ein undatiertes Flugblatt der BewohnerInnen der A6, indem ihre Entscheidung nochmal dargelegt wird. Außerdem verwahren sie sich gegen jegliche Rassismusvorwürfe und -Kritiken.

Am 10.März schreibt KöXüZ ein Flugblatt, in dem sie die HausbewohnerInnen u.a. als Rassisten bezeichnen *(gemeint sind die deutschen BewohnerInnen,denen sie u.a. daß Recht absprechen, über ein MigrantInnenprojekt zu entscheiden)* und außerdem dazu aufrufen, am 22.März um 13.00 Uhr in den A6 Laden zu kommen. Beim Eintreffen dort sind bereits schon 30-40 Leuten da. Auch die Gegenseite hat mobilisiert.

***Anmerkung:** Dies ist eine Verkürzung der Beschreibung der Konfliktsitution. Mehr wissen wir darüber nicht. Sollen sich die Beteiligten doch selber ausführlicher äußern.*

A 6 - Laden

Zur Diskussion in der A6:

Zuerst erzählte KöXüZ, daß es stimmt ,daß es Mietschulden und finanzielle Probleme gab. Sie entschuldigrten sich dafür und gestanden ein, zu loosig in der Vergangenheit mit Geldgeschichten umgegangen zu sein. In der Zukunft wären sie jedoch in der Lage und auch willens, die Miete und Strom rechtzeitig zu zahlen. Sie machten gar den Vorschlag , die Miete ein Jahr im Voraus zu bezahlen. Nach Gesprächen, die wohl nicht gerade sehr konstruktiv verliefen, seien sie von den BewohnerInnen zu einem Treffen beordert worden, auf denen ihnen völlig überrascht mitgeteilt wurde, daß sie den Laden zu verlassen hätten. Inzwischen sind aber die Kündigung aufgehoben und die Rechnungen bezahlt.
Den Laden wäre man auch bereit mit anderen MigrantInnen-Gruppen und Initiativen zu teilen.

Die HausbewohnerInnen, Deutsche und MigrantInnen, ihrerseits begründeten ihre Entscheidung des Rauswurfes mit den Geldgeschichten, fehlendem Vertrauen, Kommunikationsproblemen einerseits und damit, daß der Laden nicht richtig genutzt werde (so zumindest ein Bewohner). Auf den Vorschlag, daß die Miete von KöXüZ im Voraus bezahlt werde könne, gingen sie garnicht ein. Warum eigentlich nicht ? Es drängt sich die Frage auf, was demnach hinter dem Rausschmiß steht ?
Jeglichen Rassismusvorwurf wiesen sie strikt von sich und bezeichneten das als totalen Quatsch und Blödsinn. *(KöXüZ erwiderte hier, daß es ihr Definitionsrecht sei, was sie als Rassismus sehen und was nicht).* Sie wollen den Laden ja auch erhalten und einer anderen MigrantInnen-Gruppe übergeben.. Zu der Aktion mit dem Schloßaustauschen haben sie nichts gesagt.

Die anwesenden MigrantInnen waren in ihren Ansichten gespalten. Die einen verteidigten die BewohnerInnen, mit denen wäre man schon auf Demos zusammen gewesen u.s.w., die seien o.k.. Im übrigen sei der Rassismusvorwurf zu pauschal und undifferenziert. Sozusagen ein Totschlagargument ?
Die anderen kritisierten sowohl die BewohnerInnen als auch die Türkische Gruppe , die den Laden jetzt übernehmen will, weil sie sich in diesem Konflikt quasi funktionalisieren lassen.

KöXüZ und ihre Unterstützerinnen wollten kein Konflikt zwischen den MigrantInnen-Gruppen.
Dazu kam es jedoch, als die neue türk. Gruppe erklärte, sie wollen in dem Laden auf jeden Fall bleiben und außerdem wollten sie die jetzige Ladengruppe eh rausschmeißen.*(So äüßerte sich zumindest einer der Gruppe, ob das Konsensmeinung ist, wissen wir nicht)* Hier wurde ganz deutlich, daß es keinesfalls um eine Diskussion bzw. einen Kompromiß ging. Die Übernahme des Ladens war war von anfang an das Ziel.
Sie sagten auch, daß in dem Laden keine politische Arbeit gemacht werden würde. Was sie da machen wollen, bzw. ihre eigene politische Praxis sei, blieben sie schuldig zu erklären.

Schließlich artete der Konflikt zu einem persönlichen mit gegenseitigen Anschuldigungen aus. Weil KöXüZ und ihre UnterstützerInnen darauf keinen Bock hatten, haben sie dann den A6-Laden verlassen.

Unsere Gedanken dazu :

Für uns sind die Miet -und Stromschulden nicht zwingend ein Grund, jemanden rauszuschmeißen. Zudem dann nicht, wenn , wie in diesen Fall KöXüZ sich entschuldigt, die Rückstände beglichen hat und außerdem die Miete im Vorraus bezahlen will. Zudem können einmal gefällte Entscheidungen auch wieder zurückgenommen werden.

Wo ist da eure Kompromißbereitschaft ?
Und wenn es Kommunikationsprobleme gibt, liegt es auch an euch, VermittlerInnen zwischen beiden Gruppen zu suchen und finden, die in diesem Konflikt vielleicht etwas früher hätten eingreifen können und müssen.
Ein anderer Umgang mit finanziellen Problemen unterscheidet uns als Linke gerade doch von Wohnungsbaugesellschaften und Hausbesitzern. Diesen Eindruck haben wir hier nicht. Im Gegenteil . Durch die Schloßauswechselung gegen den Willen von KöXüZ bestätigen sie in Hausbesitzermanier, daß sie ihre Macht hier durchsetzen. Daß sie zudem eine andere MigrantInnen-Gruppe in den Konflikt ziehen, indem sie denen gleich schon mal die Schlüssel geben, deutet darauf hin, die eine MigrantInnengruppe gegen die andere auszuspielen. Schließlich endete die Diskussion in der A6 damit, daß sich die eine MigrantInnengruppe mit der anderen heftig stritt, während sie, die HausbewohnerInnen aus dem Blickfeld der Kritik gerieten.

Wir fragen an dieser Stelle die HausbewohnerInnen: Aus welchen Gründen habt ihr das gemacht ?
War euch nicht bewußt, daß der Konflikt hier nur verlagert wird. ? Habt ihr die Gefahr des gegenseitigen Ausspielens nicht gesehen, war euch das nicht bewußt oder war es gar gewollt ?

Daß die Rassismusvorwürfe gegenüber den deutschen BewohnerInnen von Ihnen jedoch so konseqeunt und kategorisch von sich gewiesen worden sind, hat uns zumindest skeptisch gemacht . So frei von Rassismus, wie ihr an diesen Tag in der A6 getan habt, seid ihr bestimmt nicht. Seid nicht so selbstgefällig. Auch wenn die gegen euch vorgebrachten Anschuldigungen überzogen sein mögen, fragt euch zumindest, ob da nicht auch was dran ist.
Fängt Rassismus nicht schon da an, wo deutsche HausbewohnerInnen über die Zukunft eines MigrantInnen- projekts entscheiden ? Wäre die Diskussion und Entscheidung womöglich anders verlaufen, wenn nur die MigrantInnen aus dem Haus und die KöXüZ-Leute (also MigrantInnen unter sich) den Konflikt versucht hätten, zu lösen ?.oder ist es positiver Rassismus, nicht darüber zu entscheiden, weil es sich um MigrantInnen handelt. ? Wie wäre die Situation (mal rein hypothetisch), wenn auch Männer über die Zukunft eines Frauenprojekts entschieden hätten. ? Hätten sie überhaupt das Recht dazu ? Wo sind da die Grenzen ?

A 6 - Laden

Das in dem Laden nichts gemacht wird, stimmt nicht. Es wurde, um nur ein Beispiel zu nennen, die Grevesmühlen-Demo von dort aus vorbereitet. Aber es war auch Treff von Jugendlichen, Diskussionsort, im Sommer zu festen Zeiten immer offen und Ort für andere Aktionen. Und es gab die Planung in Zukunft evt. ein Cafe dort zu betreiben.
Vielleicht oder zugegebenermaßen lief weniger, als noch vor Jahren .Aber wo läuft überhaupt noch was ? und wer entscheidet das, was ausreichende politische Arbeit ist oder nicht ?
Nach welchen Maßstäben und Kriterien wird hier eigentlich vorgegangen ? Effektivität und Leistungsdenken oder was ? Oder was macht ihr denn politisch überhaupt ? Wir wollen es garnicht wissen, aber genau in diese Rechtfertigungsposition haben unserer Meinung die HausbewohnerInnen und die andere türk. Gruppe allerdings noch viel mehr KöXüZ gedrängt und ihnen quasi ihre Daseinsberechtigung abgesprochen. Das empfinden wir als äüßerst arrogant und anmaßend. Zuden hat KöXüZ ja angebotren, den Laden mit anderen zu teilen.

Wir fragen euch, was ist der wahre Grund, warum ihr KöXüZ raushaben wollt.?? Wir haben das jedenfalls nicht begriffen. Sind es politische Gründe ? Liegt es daran, daß KöXüZ mit Anti-Deutschen und Anti-Nationalen Gruppen zusammenarbeitet. ? Oder geht es hier um einen persönlichen Klüngel und alte Seilschaften ? Bei der Diskussion wurde zumindest deutlich, daß einige der MigrantInnen , die jetzt quasi den Laden übernehmen wollen früher in dem Haus gewohnt haben oder deren FreundInnen sind. Persönliche Sympathien sollten aber nicht ausschlaggebend sein, ein politisches Projekt, hinauszukatapultieren.

Von der türkischen Gruppe hätten wir eigentlich erwartet, daß sie sich ertsmal aus dem Konflikt heraushalten. Das sie das nicht tun, hat uns überrascht und zeigt, daß sie den Laden für sich beanspruchen und ihre eigenen Rauminteressen gegen die Interessen von KöXüZ, einer anderen MigrantInnen-Gruppe auch bereit sind, durchzusetzen. Das halten wir für kontraproduktiv.
Mit dieser Aktion haben sie unserer Meinung nach ein linkes Selbstverständnis mit Füßen getreten und sich zum willkommenden Erfüllungsgehilfen der HausbewohnrInnen gemacht.
Überrascht hat uns auch , daß sie die politische Arbeit von KöXüZ negiert und abqualifiziert haben.
Was geht hier vor ? Werden hier alte, lang angeschwollende Konflikte ausgetragen ? Gibt es einen Streit um die richtige politische Linie ? Oder gibt es hier ein Generationskonflikt zwischen älteren Türk. Linken und Jüngeren, die von den Älteren nicht ernst genommen werden ? Oder wie oder was ?

Zu dem KöXüZ-Flugblatt vom 10. März und den Rassismusvorwürfen: Eure Kritik ist sehr hart und stark polemisierend. Für uns ist das z.Teil nicht nachvollziehbar. So schreibt ihr z.B. „*Lübecker Tatsachen scheinen auch hier einige zu neuen Ufern aufbrechen zu lassen. Ungeachtet der rassistischen Realitäten, denen MigrantInnen hier in Deutschland unterworfen sind, entscheiden sie als Bürger deutschen Rechts, als Deutsche, als die Entscheidungsgewalt schlechthin, unseren Raum uns zu neinnen.... ..*
Was hat der Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Lübeck, bei dem 10 Menschen starben , und den rassitischen Ermittlungen der Justizbehörden mit dem konkreten Verhalten der HausbewohnerInnen zu tun ?
Wie seht ihr da einen Zusammenhang ?
Zweitens: In dem Haus haben Deutsche und MigrantInnen, die dort leben, gemeinsam die Entscheidung des Raussschmiß getroffen. Das habt ihr verschwiegen. Daraus ergeben sich für uns zwei Fragen:
1.) Sind für euch (KöXüZ) diese MigrantInnen gleichzusetzen mit den deutschen HausbewohnerInnen ?
2.) Würden wir von den MigrantInnen des Hauses gerne wissen, warum sie sich so in diesem Konflikt verhalten haben ? Was war eure Motivation , KöXüZ rauszuschmeißen ?
"Weiter unten schließt das Flugblatt ab mit „*Wenn Rassisten dich angreifen, dann sorge dafür, daß sie es nie wieder tun.* Das kennen wir nur von Flugis gegen Nazis. Ist damit die gleiche Vorgehensweise (Prügel) gemeint ?
Oder alles nur Verbalradikalismus ? Dies sind nur einige Beispiele aus dem Flugblatt.
Wenn Ihr eure Rassismus-Vorwürfe nicht konkretisiert, müßt ihr euch den Vorwurf undifferenzierter, polemisierender unter die Gürtellinie gehender Kritik gefallen lassen. Es macht es den anderen leichter, sich von der vielleicht berechtigten Rassismus - Kritik völlig auszunehmen.

Wir fordern:

1. **<u>von den HausbewohnerInnen</u>: die Rückgabe der Schlüssel an die KöXüZ-Leute und daß sie selbst entscheiden können , mit wem sie den Laden unter welchen Bedingungen weiterführen. Sollte es Kommunikationsprobleme geben, sind wir gerne bereit, uns als Vermittler zu betätigen.**
2. **<u>von der türkischen Gruppe</u>: daß sie freiwillig den Laden verlassen .**
3. **<u>von der Interim :</u> daß sie die Erklärung von KöXüZ abdrucken, auch wenn ihr anderer Meinung seid. Die Interim ist auch ein Forum für Diskussionen und Auseinandersetzungen.**
4. **<u>von allen:</u> sich einzumischen und umfassend zu informieren. Denn auch dieser Artikel ist subjektiv.**

einige AntifaschistInnen, 30. März 1997

Wir bleiben drin - Basta!   A 6 - Laden

Der Laden: Seit 1990 steht die A6 (Adalbertstr. 6 - SO36) als Synonym für die politische Selbstorganisierung von MigrantInnen in Deutschland, gegründet und aufgebaut durch die 'Antifasist Genclik'.
1993 löste sich die 'Antifasist Genclik' gezwungenermassen nach den Angriffen des Staatsschutzes (Kaindl & Co.) auf, was aber für uns, ehemalige dieser Gruppe, niemals bedeutete, den Laden und das, wofür wir seit Jahren gekämpft hatten, aufzugeben.
Seit einem Jahr sind wir als 'KöXüZ' in der A6 und sehen unsere politische, kulturelle Arbeit als konsequente Fortsetzung einer selbstbestimmten MigrantInnen-Organisierung und Teil einer Vernetzung von MigrantInnen-Zusammenhängen aus ganz Europa.

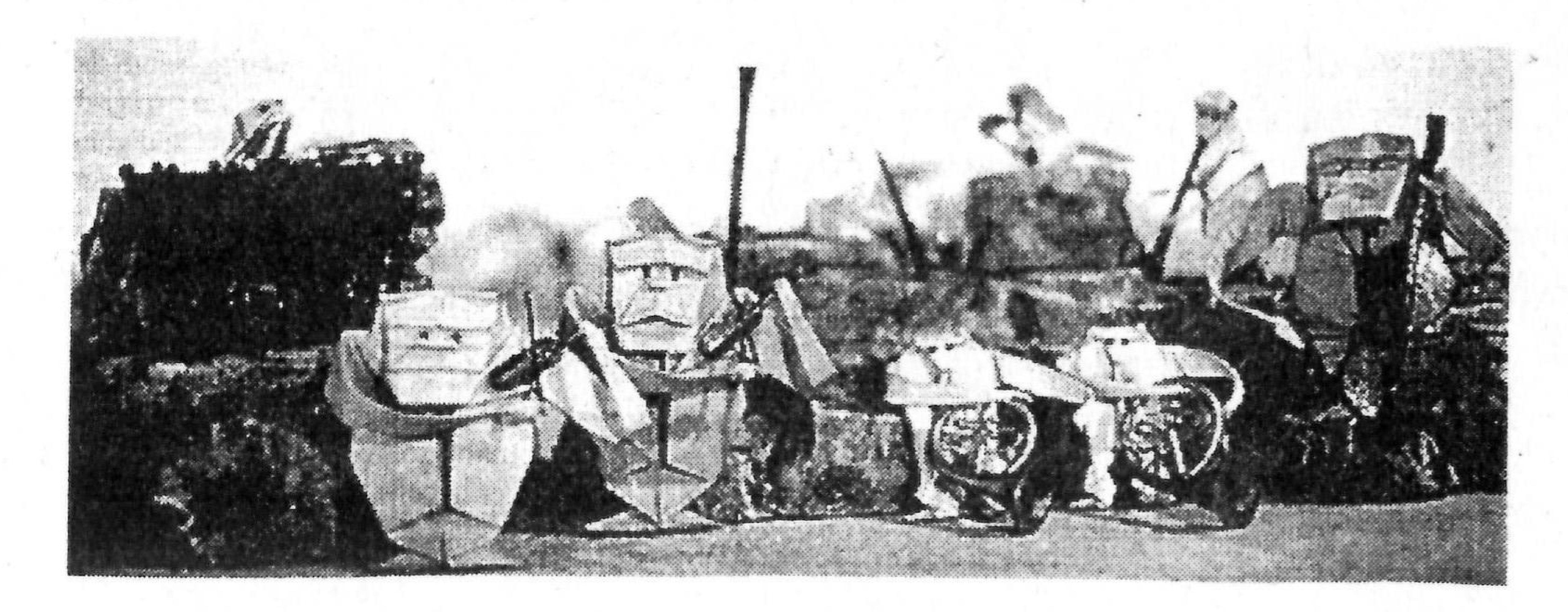
Der Konflikt: Seit zwei Monaten versuchen uns die BewohnerInnen der Adalbertstr. 6 uns aus unseren Räumen zu schmeißen. Sie begründen ihre absurde Entscheidung, die sie als Teil der hiesigen Mehrheitsbevölkerung gefällt haben, damit, daß einerseits durch nicht pünktlich gezahlte Mieten und offene Stromrechnungen ihre Existenz bedroht gewesen sei, und anderseits, daß sie eh festgestellt hätten, daß wir nicht fähig sind nach ihren Maßstäben korrekte multi-kulturelle Arbeit zu leisten.
Trotz mehrmaliger Versuche unsererseits den Konflikt zu schlichten, halten sie an ihrer Entscheidung unbeirrt fest und wechselten uns vor einer Woche, in einer Nacht & Nebel Aktion, die Türschlösser. Heimlich und diskret.

Unsere Meinung: Hätten wir uns vor Jahren über solch eine 'Entscheidung', getroffen aus Teilen der deutschen (linken) Hausbesetzer-Szene, gewundert und kaum vorstellen können, so stellen wir fest, daß dies heutzutage möglich und konsensfähig zu sein scheint. Lübecker Tatsachen scheinen auch hier einige zu neuen Ufern aufbrechen zu lassen. Ungeachtet der rassistischen Realitäten, denen MigrantInnen hier in Deutschland unterworfen sind, entscheiden sie als Bürger deutschen Rechts, als Deutsche, als die Entscheidungsgewalt schlechthin, unseren Raum uns zu nehmen. Sie, die nicht länger warten können, auch mal als Opfer darzustehen, fühlen sich durch unser Auftreten als MigrantInnen, in ihrem Deutsch-Sein rassistisch angemacht und bedroht (so immer wieder geäußert). Durch diesen beliebten Griff in die deutsche Trick-Kiste, stellen sie die herrschenden Verhältnisse auf den Kopf und unsere Arbeit, wie auch Daseinsberechtigung, ad absurdum.
Höhepunkt des Ganzen ist nun mehr, daß sie andere MigrantInnen angesprochen haben, ob sie denn nicht die Räume übernehmen wollen; wir wären ja schon rausgegangen worden. Um von sich abzulenken, werden andere MigrantInnen in den Konflikt involviert, damit wir uns am Ende nicht mit den HausbewohnerInnen anlegen, sondern uns mit anderen MigrantInnen um den Laden prügeln. Nicht schlechter Zug.
Bevor wir aber über all deren Mist zu viele Worte verlieren, stellen wir ein für allemal klar, daß wir so oder so den Laden nicht freiwillig räumen werden. Wenn sie, die sich in den letzten Jahren, wo wir ihre Solidarität hätten brauchen können, nie haben blicken lassen, nun anfangen, über uns und unser Leben Entscheidungen zu fällen, dann wird es ernst. Wir betrachten diesen Angriff als einen Angriff auf die Existenz und politische Arbeit von allen MigrantInnen hier in Deutschland. Aus den letzten Jahren haben wir gelernt, wie wir uns vor solchen harmoniebedürftigen Rassisten zu schützen haben: sich organisieren, wehren und ihnen das Leben zur Hölle machen. Merke:

Wenn Rassisten dich angreifen,
dann sorge dafür, daß sie es nie wieder tun

Biji KöXüZ - 10. März 1997

P.S.: Ihr könnt diesen BewohnerInnen der Adalbertstr.6 - 10999 Berlin, auch mal einen Brief schicken, was ihr denn davon haltet. Freuen sie sich bestimmt.



A 6 - Laden Stellungsnahme der HausbewohnerInnen

Stellungsnahme zu dem Laden in der A6

Seit 16 Jahren stellt das Haus den Laden verschiedenen Gruppen zur Verfügung und er ist bis heute erhalten worden.
Wir hatten vor 3 Jahren den Jugendlichen den Laden gegeben, weil wir es gut fanden, daß sie einen selbstorganisierten Raum bekommen. Die getroffenen Absprachen lauteten: Wenn sie mit den Miet- und/oder Stomzahlungen nicht klarkommen, uns sofort Bescheid zu geben; und wenn sie rausgehen, geht der Laden wieder an uns zurück.
Wir besitzen den Laden nicht, sondern haben ihn gemietet. Das heißt, wenn wie im letzten Jahr 5 x drei und 2 x vier nicht bezahlte Monatsmieten aufgelaufen sind, haben wir, wie passiert, 2 fristlose Kündigungen bekommen.
Hätten wir die Kündigungen nicht abgewendet, wäre als Folge der Laden zum Gewerberaum geworden, und die Schulden wären wahrscheinlich auch an uns hängen geblieben.
Beim Strom dasselbe: x-Rechnungen nicht bezahlt, worauf die Bewag anfang Dezember mit den Bullen den Zähler abgebaut hat und es bis heute noch so ist (von wegen "alles bezahlt, Pfändungsbescheid aufgehoben").
Daraufhin haben wir mehrmals über Zettel und persönliches ansprechen versucht uns mit den Ladenleuten zu treffen und zu einem Gespräch zusammen zusetzen.
Das ging über Wochen so, wir saßen jeweils alleine da. (Zu der Zeit gab es noch einen Wasserrohrbruch im Laden, um den wir uns kümmern mußten, und die zweite fristlose Kündigung traf ein).
Die nachfolgenden "Gespräche" mit einzelnen oder mehreren Ladenleuten, waren durchgehend voll von leeren Versprechungen und Lügen (z.B. Strom bezahlt).
Diese Situation hat sich soweit zugespitzt, daß eine "Kommunikation" zwischen uns nicht mehr möglich war und wir dann im Haus-Plenum beschlossen haben, den Laden einer anderen MigrantInnen-Gruppe zu geben. Dieser Beschluß wurde den Ladenleuten anfang Februar persönlich mitgeteilt.

Jetzt mal zu uns im Haus: Wir wurden beschimpft als "Teutonen", "Rassisten", "Faschisten", "Spitzel" und was ihnen sonst noch einfiel. Und das, obwohl die Ladenleute uns nicht kennen, nichts über unseren Alltag wissen.
Aber uns einfach so zu beschimpfen, bestätigt nicht nur, daß sie uns nicht kennen, da wir, MigrantInnen und Deutsche im Haus zusammen wohnen. Es zeugt auch von einer in unseren Augen gefährlichen Ignoranz und zutiefst unpolitischen Haltung, daß alle diejenigen, die nicht ihrer Meinung sind, eben "Scheiß Deutsche" und Rassisten sind. So einfach ist das. Für sie - für uns nicht!

Nochmal: Wir haben nicht den Laden der "einzigen MigrantInnen-Gruppe Berlins" (laut Eigendefinition der Ex-Ladenleute) weggenommen, weil wir selbsorganisierte Strukturen zerstören wollen, sondern im Gegenteil: wir hatten ihnen ja damals gerade den Laden gegeben, um selbstorganisierte Strukturen zu unterstützen. Aus den genannten Gründen geht es nicht mehr.
Und weil uns weiterhin daran liegt selbstorganisierte Strukturen zu unterstützen, haben wir den Laden an eine andere MigrantInnen-Gruppe gegeben.



Die BewohnerInnen der A6

Soldaten sind Mordskerle
Soldaten sind zum Schießen
Verteidigungsminister sind potentielle Mörder
Verfassungsrichter sind Rufmörder
Mörder sind Mörder
Soldaten sind Soldaten



Öffentliche Gelöbnisse sind zu stören

Das dachten sich über 2000 Menschen, die am 31.Mai 1996 nach Berlin-Charlottenburg gekommen waren, um vor dem dortigen Schloß das öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr zu stören.
Ein feierliches Gelöbnis sollte es werden und ein bürgernahes noch dazu - "Soldaten sind Friedensstifter, unsere Jungs sind Helden und keine Mörder" sollte die Botschaft sein, nachdem das Bundesverfassungsgericht vernichtenderweise im August 1994 den Satz "Soldaten sind Mörder" (als Autoaufkleber) durch die freie Meinungsäußerung geschützt gesehen hatte.
Ein breites Bündis (von der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär über Bündnis 90/Grüne, die PDS bis zu diversen Uni-Asten, der Antifa-Aktion Berlin und dem AOK) hatte im Vorfeld des Gelöbnisses Proteste und Aktionen angekündigt und eine Demonstration angemeldet. 2800 Polizisten, die das Gelöbnis vor Störungen schützen sollten, vereitelten erfolgreich die Bürgernähe; und obwohl einige DemonstrantInnen in den Vorkontrollen stecken blieben, fand eine erfolgreiche Demonstration mit über 2000 TeilnehmerInnen statt. Mehrere 100 ProtestiererInnen hatten es sogar bis direkt vor das Charlottenburger Schloß geschafft, wo sie erfolgreich große Teile der Zeremonie mit Priffen und „Mörder"-Rufen übertönten. Die lautstarken Proteste unterstützt durch Leuchtspurraketen und sogar eine Rauchbombe wurden zur nachhaltigen Katastrophe für Bundeswehr und Polizei. Der Erfolg der Aktionen ist u.a., daß deshalb dieses Jahr kein weiteres öffentliches Gelöbnis stattfinden soll.
Sowohl die Demo als auch die Gruppen vor dem Schloß wurden schließlich brutal von der Polizei angegriffen, insgesamt 91 Menschen wurden festgenommen, drei davon in Untersuchungshaft gesteckt; seither laufen zahllose Verfahren wegen Widerstand, Körperverletzung, Landfriedensbruch, Verstoß gegen das Vermummungsverbot etc.

Nun findet der erste Prozeß wegen Beleidigung im Zusammenhang mit dem öffentlichen Gelöbnis statt: Eva soll die Rekruten der Bundeswehr am 31.5.96 mit wiederholten "Mörder"-Rufen beleidigt haben. Der Einsatzleiter, der sie festnahm, hat sie außerdem wegen Widerstand und Körperverletzung angezeigt.

Kommt alle zum Prozeß
am Dienstag den 8. April
um 9 Uhr
Raum D 106
im Amtsgericht Tiergarten,
Wilsnackerstr. 4
(U-Bahn bis Turmstraße)

Der Hintergrund
oder: Der Unterschied zwischen Metzgern und Soldaten

Über einen "besonderen Ehrenschutz" für Soldaten wird derzeit im Bundestag debattiert. So soll künftig wer "Soldaten in Beziehung auf ihren Dienst in einer Weise verunglimpft, die geeignet ist, das Ansehen der Bundeswehr oder ihrer Soldaten in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen" mit bis zu drei Jahren Knast bestraft werden. Außerdem sieht der neue Paragraph 109b vor, daß zur Verfolgung dieses Delikts kein Strafantrag mehr gestellt werden muß. So sollen Soldaten einen besonderen "Ehrenschutz" genießen - im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen: Metzger beispielsweise dürfen weiterhin straflos als "Mörder" beschimpft werden (es sei denn, es ist ein konkreter Einzelner gemeint).
Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im August 1994 und nach zahlreichen Protesten wie gegen den "Großen Zapfenstreich" in Bonn und das öffentliche Gelöbnis in Berlin, waren die Rufe nach einer Verteidigung

„unserer" beschimpften Soldaten laut geworden. So schädigten die "gehäuften Ehrerkränkungen" der Soldaten der Bundeswehr nicht nur die einzelnen Soldaten sondern das "Ansehen der Bundeswehr", begründeten CDU/CSU und FDP ihren Gesetzentwurf.
Noch deutlicher wurde Prof. Steinkamm von der Münchener Universität auf einer Anhörung des Bundestages: Ein "Bekenntnis zu unseren Soldaten" sei der geplante Paragraph, der "eine Appellfunktion, Abschreckungsfunktion und eine Signalwirkung" habe und das "geistig-politische Wehrpotential" schütze.

Auslandseinsätze und Propaganda

Die neue Debatte um einen Ehrenschutz für Soldaten der Bundeswehr steht in direktem Zusammenhang mit der Diskussion um out-of-area-Einsätze, die schon 1987/88 begann und seit 1992 verstärkt geführt wird. Während 1987 noch argumentiert wurde, das Grundgesetz widerspreche jeglichen Einsätzen deutscher Soldaten im Ausland, fand schon 1988 in Namibia der erste Auslandseinsatz im Auftrag der UNO statt - ohne rechtliche Grundlage. Während im Zuge der Annexion der DDR verstärkt die Verantwortung des vereinten Deutschlands betont wurde, wurden 1990/91 im Rahmen des zweiten Golfkriegs unter Zustimmung aller Parteien im Bundestag deutsche Bundesmarine-Einheiten im Mittelmeer, Minenkampfeinheiten im Persischen Golf sowie die deutsche Luftwaffe in der Türkei stationiert. Ein Drittel der Soldaten dieser Luftwaffeneinheit stellte einen Kriegsdienstverweigerungsantrag. In einer daraufhin stattfindenden internen Debatte wurde festgestellt, daß die Menatlität der Soldaten der Bundeswehr nicht auf Kriegseinsätze eingestellt sei. So begann mann ab 1992 fieberhaft darauf hinzuarbeiten, die deutschen Soldaten psychisch auf Kriegseinsätze vorzubereiten. Der Generalinspekteur der Bundeswehr Naumann formulierte in einem Strategiepapier „Verteidigungspolitische Richtlinien" 1992 auf der Suche nach einer neuen Legitimation der Bundeswehr, „vielfältige, nichtkalkulierbare Risiken" müßten abgewehrt werden, Deutschland müsse „einflußnehmen auf die internationalen Institutionen und Prozesse"; um den freien Welthandel und den „ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" aufrecht zu erhalten.
Neben der Truppe an sich muß natürlich auch die Bevölkerung „kriegstauglich" gemacht werden. Dazu dienen Millionen Mark teure Werbekampagnen, eine „Einsatzmedaille der Bundeswehr" oder auch öfentliche Gelöbnisse, in deren Rahmen Kriegseinsätze legitimiert, Militär verherrlicht und „unsere Soldaten" glorifiziert werden.

Jugoslawien, Albanien und das neue Selbstbewußtsein der Bundeswehr

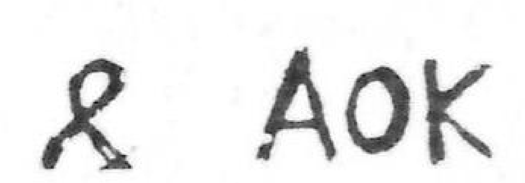
Die "zweite Neugeburt der Bundeswehr" (Rühe) sieht u.a. 53.000 Soldaten als hochmobile Einsatzstreitkräfte, sogenannte "Krisenreaktionskräfte" vor, außerdem ein "Kommando Spezialkräfte" mit rund 1000 Elitesoldaten. Die Bundeswehr probt den Kampf u.a.. in einer "Gebirgs- und Winterkampfschule" in Mittenwalde oder in einem Ausbildungslager französischer Fremdenlegionäre im südamerikanischen Regenwald.
Mit dem jüngsten Einsatz der Bundeswehr in Albanien ist man dem Ziel der weltweiten Einsätze wieder ein Stück näher gekommen. Nachdem in einem einberufenen Krisenstab Vertreter aller Bundestagsfraktionen dem Einsatz zugestimmt hatten, wurde erst im Nachhinein vom Bundestag gebilligt. Propagandistisch begleitet wurde der "dramatische Kampfeinsatz" (Bild-Zeitung) nicht nur von der Boulevard-Presse mit reportagenhaften Kriegsszenarios und deutschen Helden, auch die Berliner Zeitung feierte die "bestandene Feuertaufe": "Für Angst hatten wir keine Zeit", zitiert sie einen Panzergrenadier; und das Verteidigungsministerium quittiert das erste Feuergefecht deutscher Soldaten nach dem 2. Weltkrieg mit der Aussicht, „daß sich die deutsche Armee für die uneingeschränkte Teilnahme an Auslandseinsätzen qualifziert" habe.
Indes zeigt das „neue Selbstbewußtsein" der Bundeswehr erste „Erfolge":
Zehn für einen Jugoslawien-Einsatz vorgesehene Soldaten greifen Mitte März in Detmold brutal ausländsche Menschen an; dafür startet die „Girlie-Band" Tic Tac Toe ihre Deutschland (!)-Tournee im Feldlager Rajlovac (Bosnien), wo das deutsche Sfor-Kontingent stationiert ist.

Wie Aktionen gegen das öffentliche Gelöbnis in Berlin zeigen, ist Widerstand dagegen möglich und nötig; dafür sollten wir auch die Prozesse nutzen.
Angeklagt sind wenige, gemeint sind viele!

Widerstand leisten!
Soldaten beleidigen!
Die Bundeswehr angreifen!
Prozesse besuchen! (s.o.)



Kampagne gegen Wehrpflicht,
Zwangsdienste und Militär



Der Polizeipräsident in Berlin

BERLIN

Der Polizeipräsident in Berlin
Abschnitt 01 VoB VB
Platz der Luftbrücke 6, 12101 Berlin

Der Polizeipräsident in Berlin

Ausgabe Nr. 5/97

An alle Haushalte
Betr.: Hauptstadtsituation/Häuserräumungen

Liebe Berlinerinnen und Berliner,

im Rahmen der Vorbereitungen zum Regierungsumzug ist es nötig, unser Stadtbild zu verändern. Wir geben uns die allergrößte Mühe, die Hauptstadt auf "Vordermann" zu bringen. Unser Ziel ist es, Berlin exklusiv und repräsentativ zu gestalten. Dazu gehören neben hochmodernen Büro- und Verwaltungsgebäuden auch luxussanierte Eigentumswohnungen und prachtvolle Einkaufsstraßen, die dem internationalen Vergleich standhalten.
Verfügen Sie über ein monatliches Einkommen von über DM 10 000 ? Dann können Sie sicher sein, daß Sie von der derzeitigen Stadtplanung profitieren werden. Ansonsten sollten Sie dafür Verständnis haben, daß wir Ihnen den Gürtel etwas enger schnallen müssen. Folgende Maßnahmen sind nötig:
- Einsparungen im Bildungsbereich
- Kürzung der Arbeitslosenunterstützung und der Sozialhilfe
- Reform des Rentensystems und des Gesundheitswesens
- Wasser statt Wein

Sie müssen sich im Zuge der Umstrukturierung des Innenstadtbereichs auf eine drastische Erhöhung des Mietspiegels einstellen. Außerdem können wir uns weder finanziell noch für unser Image weiterhin Jugendzentren, Altersheime, Schülerläden und Kindertagesstätten, Behinderteneinrichtungen, Frauenprojekte, Obdachlose u.ä. leisten.
Auch für sog. alternative Lebensräume (bunte Häuser, Wagenburgen, Hausboote) mit ihren Abenteuerspielplätzen und kulturellen und sozialen Einrichtungen ist in unserer Stadt kein Platz mehr.
Sie werden sicher verstehen, daß wir wegen des Zeitdrucks - unser werter Kanzler kommt 1999 nach Berlin! - nicht zimperlich sein können bei der Durchführung unserer Ziele.

Wir hoffen für Sie, daß Sie zu jenen 20 Prozent der Bevölkerung gehören, die nicht von diesen Maßnahmen betroffen sind und wünschen Ihnen ein frohes neues Jahr.

Hochachtungsvoll

Der Polizeipräsident in Berlin

Die Agit Prop Aktion der Autonomen zum 80. Jahrestag der sogenannten Steckrübenschlacht am 28. Februar verlief ohne Zwischenfälle. Die Aktion war der Wuppertaler Startschuß der bundesweiten Kampagne gegen Vertreibungpolitik, gegen die diskriminierende Behandlung von Minderheiten in den Innenstädten.

Das WDR Kamera-Team und die Hundertschaft Wuppertaler Bereitschaftspolizei warteten vergeblich auf Steckrüben oder ähnliche Wurfgeschosse, geboten wurde an diesem Tag „nur" Steckrübeneintopf, Straßenmusik und ein 6 Meter langes Transparent, das sich gegen Vertreibung und Ausgrenzung aus den Innenstädten richtete und den Eingang der Rathausgalerie versperrte.
In Flugblättern wurde zum Widerstand gegen die unwürdige Behandlung auf den Ämtern aufgerufen. Brisant hingegen könnte eine Umfrage zum Sozialamt werden. Ein „AK Gläsernes Rathaus" ruft darin alle SozialhilfeempfängerInnen auf, „ihre" Sachbearbeiter zu benoten. Öffentlichkeit über unwürdige Behandlungen auf den Ämtern soll die Betroffenen stärken. In Wuppertals Amtsstuben kursieren jetzt Flugblätter mit sämtlichen Namen der Sachbear-

Presseerklärung

Im Laufe des 25. 3. 1997 wurden 40 000 Exemplare des beigelegten Flugblattes im gesamten Innenstadtbereich Berlins (Neukölln, Wedding, Charlottenburg, Schöneberg, Friedrichshain, Prenzlauerberg, Kreuzberg, Mitte, Wilmersdorf) verteilt. Damit wollen wir die Aufmerksamkeit der Berliner und Berlinerinnen darauf lenken, daß die derzeitige Hauptstadtpolitik sich nicht nur auf Besetzer und Besetzerinnen negativ auswirkt, sondern weite Teile der Bevölkerung betrifft.
Da es unser Anliegen ist, dieses Schriftstück einer möglichst breiten Öffentlichkeit zukommen zu lassen, bitten wir Sie, dasselbige in Ihrer Zeitung abzudrucken.

beiter des Sozialamtes. Die Initiatoren aus dem Umfeld des Autonomen Zentrums hoffen auf großen Rücklauf.

Die hundert DemonstrantInnen, die Polizei und der private Sicherheitsdienst staunte nach „gelöffelter Suppe" nicht schlecht, als sich eine zweite Demonstration unerwartet den Weg durch die Rathausgalerie bahnte. Unerkannt waren 15 Personen, die sich „in Schale" geworfen hatten, durch die Tiefgarage in die Rathausgalerie gelangt. Dort begann für autonome Verhältnisse eine ungewöhnliche Demonstration. Die schick gekleideten jungen Leute formierten sich wie an der Picket Line zur Kreisdemo nach US-amerikanischer Art und holten Tafeln aus ihren feinen Jakken, die „Junk Food statt Junkies" forderten und für eine härtere Vertreibungspolitik plädierten. Mit Sprechchören wie „Weg mit den Sozialschmarotzern - weg mit der Vermögenssteuer" wurde satirisch Position bezogen. Passanten, die sich über die „Demonstranten" empörten, wurden wahlweise „arbeiten" oder „nach drüben geschickt".

Die Rathausgalerie war durch den massiven Einsatz sogenannter schwarzer Sheriffs in die Kritik gekommen. Ausländische Jugendliche, Obdachlose und Junkies wurden häufig mit Hausverboten belegt, besonders im Winter war das „freundliche Einkaufszentrum" „no go area" für Minderheiten. Das Faß zum Überlaufen brachte das wiederholte Hausverbot gegen die Streetworker eines städtischen Drogenprojektes. Da die Streetworker schwarz und jugendlich waren, passten sie nicht in das einfache Raster des privaten Sicherheitsdienstes und mußten vor der Tür bleiben. Zwischenzeitlich kam es zu Gesprächen mit dem Management der Rathausgalerie. Der Center-Manager Dirk Strehlau gelobte Besserung. Auch am Tag der Steckrübenschlacht zeigte sich Wuppertals „Shopping Center" von seiner liberalen Seite. Center Manager Strehlau löffelte gemeinsam mit den Demonstranten eine Steckrübensuppe und auch seine „schwarzen Sheriffs" waren nicht auf Konfrontationskurs. Strehlau hat in einem Brief auf jeden Fall Gesprächsbereitschaft auch mit den Kritikern signalisiert und auch eine Fälschung mit Briefkopf der Galerie, die im Elberfelder Stadtgebiet verteilt wurde, störte nicht die relaxte Stimmung. Nur der 3. Bürgermeister, Hermann Josef Richter CDU, der so vehement eine neue Straßensatzung zur Vertreibung von Minderheiten fordert, hatte an diesem Tag Ärger mit „seinen" Wuppertalern. Bis in die Nacht riefen Wuppertaler bei einer vermeintlichen Servicenummer an, die eine Service-Card der Rathausgalerie versprach, die in Wirklichkeit aber Richters Privatnummer war.

Es bleibt abzuwarten, ob diese günstige Situation für Wuppertals Minderheiten anhält. Zur Zeit verzichtet der private Sicherheitsdienst auf restriktive Gesichtskontrolle, und bekannte Gestalten aus der Obdachlosen- und Drogen-Szene haben Platz genommen an den Tischen der Gastronomie in der Rathausgalerie. Peter Rath

Die Steckrüben blieben in der Suppe

Aktionstag gegen Diskriminierung vor der Rathausgalerie



Sehr geehrter Kunde,
sehr geehrte Kundin,

das Einkaufen in der Rathausgalerie wird ab 1997 noch mehr auf unsere Kunden zugeschnitten sein. Wir möchten Ihnen den Einkauf so angenehm wie möglich gestalten.
Neben den breiten Möglichkeiten,in einem der zahlreichen internationalen Restaurants die kulinarischen Köstlichkeiten zu probieren oder einfach bei einem Stück Kuchen zu entspannen, steht Ihnen mit 60 Fachgeschäften ein einmaliges Einkaufsparadies zur Verfügung.

Leider ist es in letzter Zeit vermehrt dazu gekommen, daß Kunden in der Rathausgalerie von Obdachlosen und Bettlern um Geld gebeten wurden. Immer mehr Personen aus diesem Spektrum suchen die Rathausgalerie nur für den o.g. Zweck oder zum Aufwärmen auf.
Um Ihnen das zu ersparen, haben wir verstärkt Sicherheitskräfte eingestellt. Unser Securitydienst ist pausenlos für Sie im Einsatz bei der Bekämpfung von Drogenkriminalität und Bettelei. Sie versuchen einzugreifen, wann immer sie derlei Delikte bemerken, aber auch sie können nicht immer überall sein.

Deshalb wird auch in der Rathausgalerie ein zusätzlicher „Kundencheck" eingeführt.
Dieses ist in vergleichbaren Einkaufszentren schon seit langem ein erfolgreiches Konzept.
Bei diesem „Check" werden an allen Eingängen der Galerie Automaten aufgestellt, in die der Kunde ganz einfach seine Kreditkarte einschiebt, um in die Rathausgalerie zu gelangen.
Die Geräte lesen das Kontoguthaben ab und geben den Eingang frei, wenn der Mindestgeldbetrag vorhanden ist. Selbstverständlich werden keinerlei Daten öffentlich oder gespeichert.
Es werden alle gängigen Kreditkarten akzeptiert.
Dadurch wird es uns möglich, die "wirklichen" Kunden von sogenannten "Scheinkunden" zu trennen. Durch dieses Verfahren wird gewährleistet, daß Sie als Kunde nicht von Menschen belästigt werden, die Ihnen in die Tasche greifen wollen.

Ab dem 01.03.1997 beträgt das Mindestguthaben
100,— DM für alle Kunden (200,.. DM für nicht EU- Ausländer)

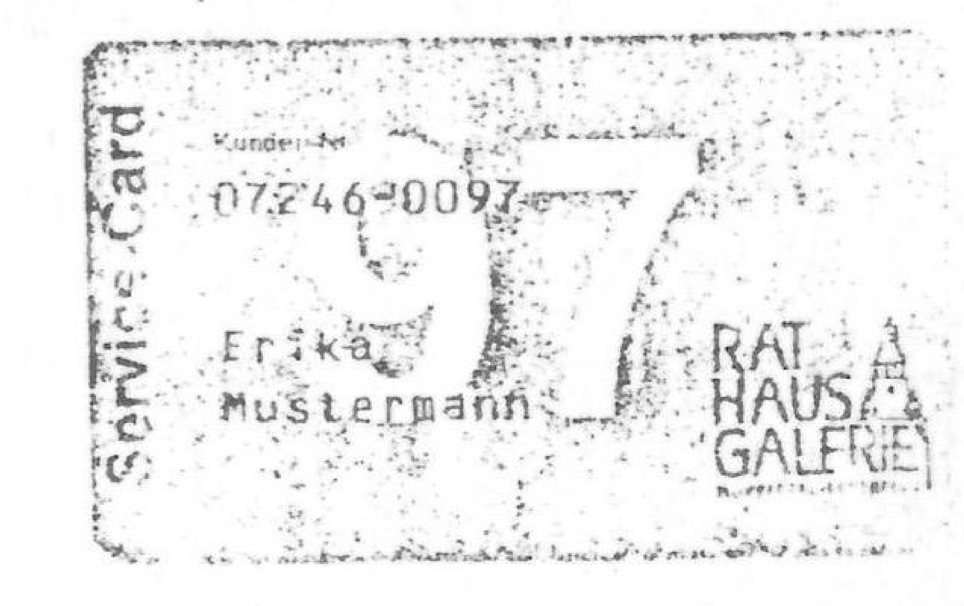
Wir bitten Sie um Ihr Verständnis und wünschen Ihnen einen angenehmen Aufenthalt in der Rathausgalerie.
Für eventuelle Rückfragen stehen Ihnen selbstverständlich alle unsere Mitarbeiter zur Verfügung.
Sie können uns auch über unser **24-Stunden-Service-Telefon** jederzeit erreichen.

Service-Telefon: 0202 / 643293

HAUSMITTEILUNG

MUSTER

Nutzen Sie auch unser neues Angebot der "Service-Card". Mit dieser "Card" können Sie problemlos überall in der Rathausgalerie bezahlen. Informationen und Bestellung unter o.g. Telefonnummer.



Freunde die keiner haben will

oder

Wenn der Verfassungsschutz einmal klingelt ...

Am Donnerstag, den 20.03.97 um 16.00 Uhr bekam ich, eine Person aus der linken Szene Kassels, Besuch von 2 Mitarbeiter (Spitzeln) des Hessischen Verfassungsschutzes aus Wiesbaden. Sie stellten sich als „Dirk Regenmann" und "Peter ?" vor und sagten gleich, daß sie vom Verfassungsschutz wären und ob ich mir vorstellen könnte, mich mal mit ihnen zu unterhalten.

- Hierzu sei angemerkt, daß ich mir schon einmal vorgestellt habe, in so einer Situation zu sein und mir dann ausgemalt habe, wie ich dann reagieren würde, falls mal so Leute bei mir auftauchen -

Ich ließ sie vor der Tür stehen, zog mir schnell 'ne Jacke über, steckte meinen Fotoapparat ein und ließ mich, mit dem Hintergrund nähere Infos über die Tätigkeit des VS und seine Spitzel zu erhalten, auf einen 45minütigen Spaziergang mit den Beiden ein. Zunächst fragte ich sie, was sie den überhaupt von mir wollten. Sie sagten, daß ich doch auch schon gehört hätte, daß es auch in den linken Szenen Gewaltbereitschaft gäbe. Leute die Oberleitungen herunterholen würden und so ......, was ich ja wissen müsse, weil ich mich ja auch in der Castorsache engagiert habe, und daß sie in Bezug auf solche Gewalttäter Informationen über die Strukturen und Gruppenzusammenhänge in Kassel bräuchten. Es ginge ja nicht an, das unschuldige Leute in Mitleidenschaft gezogen werden, die mit der Sache gar nichts zu tun haben. Dazu sagte ich, daß ich auch Gewalt ablehnen würde, und daß andere Formen der Energiebeschaffung dringend notwendig sind, Sonne, Wind, Wasser, ...

Dann drängte der andere wieder auf's Thema, ob ich mir vorstellen könnte mit ihnen zu kooperieren. Ich fragte, worin meine Tätigkeit bestehen sollte. Sie meinten, ich solle ganz „normal" weiterleben, Kontakte zur Szene intensivieren, die Infos zusammentragen und dann an die Kontaktleute in Wiesbaden weiterleiten.

Es gäbe natürlich auch Gegenleistungen von ihnen, und ich würde mich ja schon ein wenig in der Szene auskennen, denn sie wüßten, daß ich auch Kontakte zum Meisenhof gehabt hätte. Ich „Hä? Meisenhof?" Sie: Ja oder so ähnlich Meissinghof oder so....." Ich „Ach den Messinghof meint ihr." Sie: „Ja genau, Messinghof, die Hausbesetzung dort, ob ich wüßte, ob es da auch Gewaltbereite gegeben hätte. Ich: „Also, ich hab auf dem Messinghof mal eine Freundin besucht, die garantiert nicht gewaltbereit sei und außerdem sollte da ein soziokulturelles Zentrum entstehen, mit Projektraum, Stadtteilkantine, Medienwerkstatt, böser Matuszek usw.

Dann erkundigte ich mich nach den Gegenleistungen. Sie meinten, daß ich sie in verschiedenster Form erhalten könnte, doch in meinem Falle würde wohl die finanzielle Form der Gegenleistung am angebrachtesten sei. Ich hab mir dann die



"Peter" und "Dirk" vom Verfassungsschutz in Hessen

anderen Formen der Gegenleistungen selber ausgemalt, wie die Herausnahme von Verfahren, Strafmilderungen, Bahncard, Auto oder ähnliches.
Was verdient ihr denn so?, fragte ich, und die beiden drucksten herum ..... „Naja, das ist schon ganz okay, was wir verdienen." Sie wären im höheren Dienst Sachbearbeiter in Wiesbaden, aber ganz genau könnten sie mir das natürlich nicht sagen. Aber um meine Bezahlung bräuchte ich mir keine Gedanken machen, das wäre schon angemessen. Ich fragte, wonach sich der Verdienst denn richten würde? Sie: "Das kommt darauf an, wieviel Infos und in welcher Art Du uns lieferst und für welche Aufträge Du in Frage kommst. Alle Unkosten, Spesen, z. B. Telefonkosten oder Fahrtkosten, z. B. für ein Wochenende nach Hamburg, werden bezahlt."
Ach so, sagte ich, was ist denn, wenn ich mich verliebe oder die Leute mitkriegen, daß ich Infos weiterleite? Sie (lachend): „Ja, vor der Liebe ist natürlich niemand gefeit, da muß man dann eben sehen, wie wir mit der Situation umgehen", das sollte nicht mein Problem sein, und falls irgendwas heraus kommt, hätte ich einen totalen Schutz. Anonymität und so wird natürlich alles gewährleistet. Da muß man dann auch der Situation entsprechende Schritte einleiten.
Ich fragte: „Gibt es denn auch Kontaktleute in Kassel?" Sie: „Das dürfen wir nicht sagen, weil sie ja eben auch diesen Schutz genießen." Ich: Ja klar, ihr sollt mir jetzt natürlich auch nicht sagen wer das ist, ist logisch, nee, ob ich mit denen dann auch Kontakt hab?" Sie: „Nein, natürlich nicht. Die Kontaktleute wissen voneinander nichts". Ich hätte nur Kontakt zu den beiden Typen und von uns dreien würde nur ihr Chef (Ferse oder Fährse) wissen."
Ich: „Aha okay, und wie ist das mit dem großen Lauschangriff? Ihr hört doch bestimmt 'ne Menge über Telefon ab und so." Sie: Neeeiiiiin, die Polizei hört wohl 'ne Menge ab, aber sie wären ja auch kein repressives Organ. Im Land werden nur ca. 'ne Handvoll Leute vom VS abgehört, aber mehr nicht." Dazu sagte ich nix.
Wir waren dann auch schon fast am Ende unseres Spaziergangs. Mir fiel irgendwie auch nicht mehr viel ein, weil ich darüber nachdachte, wie ich jetzt am geschicktesten ein Foto von den beiden machen sollte. Ich stand auf der Treppe meines Hauseinganges und einer fragte, ob wir uns denn morgen noch mal wiedertreffen könnten um die Details zu klären und so ..... Ich drehte mich schnell um, knipste und sagte „Nöö"! Dem einen fiel die Klappe, der andere sagte wütend aber anerkennend „Das hast Du jetzt aber verdammt gut gemacht" (wie nett von ihm). Ich verschwand im Haus, konnte es mir jedoch nicht nehmen lassen noch mal den Kopf aus der Tür zu stecken und zu sagen: „Das heißt jetzt soviel wie NEIN, gelle?" Sie: „Das haben wir schon verstanden."

2 Tage später kam ein Päckchen von den Beiden ins Haus. Ich öffnete es vorsichtshalber im Garten, mit Besenstiel und Rechen. Darin war ein Schokoladenosterhase und eine Postkarte mit der Frage, ob ich meinen Spaß gehabt hätte und wenn mein Foto gelungen ist, solle ich ihnen doch bitte einen Abzug schicken. Auf der Kartenvorderseite war ein grinsendes Pferd.
Ach ja, da fällt mir ein, daß sie zwischendurch noch mal die Andeutung gemacht haben, das Ihnen die Arbeit ja auch sehr erschwert würde, durch Outinggeschichten und Veröffentlichungen und so, ...
Alles in allem möchte ich am Ende noch mal sagen, daß ich jeden Menschen dringend empfehle sich mal vorzustellen was jedEr machen würde, wenn er/sie mal in so eine Situation kommt. Es gibt ja mehrere Möglichkeiten:

1. Ich hau ihnen sofort die Tür vor der Nase zu.
2. Ich sage: „Augenblick, ja ich hab Zeit, wartet mal", lasse sie vor der Tür warten, hole schnell meinen Fotoapparat und versuche ohne viel Gerede ein Foto zu machen.
3. Ich sag: „Heut geht's nicht, kommt morgen wieder" und bespreche mich erstmal mit Freunden, die dann morgen beim Spaziergang oder so ein Foto machen.
4. siehe diese Aktion.

Für alles gilt natürlich: **Anna + Arthur halten's Maul !!!**

JedEr sollte sich selbst einschätzen, was für eineN denkbar ist, ohne sich selbst oder andere zu gefährden. Ich hab Glück gehabt, daß alles so reibungslos lief und am Ende noch dieses Foto gelang. Alle Leute, denen ähnliches passiert ist, sollen sich ***unbedingt*** melden und ihren Vorfall an die Öffentlichkeit bringen. Laßt euch nicht einschüchtern. Je mehr bekannt wird und je mehr Fotos wir kriegen, desto besser können wir unsere Kreise schützen.

Ein Ksler Mensch

P.S.: Noch'n Gruß an Peter und Dirk. Danke für den Osterhasi, die Schoki war lecker und das Foto könnt ihr Euch ja auch aus diversen linken Zeitungen ausschneiden, die ihr ja sicher bezieht!

Kontakt: Autonomes Zentrum Kassel, Sickingenstr. 10, 34117 Kassel

---

Interessante Geschichte, aber es gilt nach wie vor, daß mann/frau sich selbst schnell überschätz, so daß die o.g. Punkte 1.und 2. die einzig richtige Umgehensweise beschreibt. Bei jedem Einlassen auf Gespräche kann sich keineR sicher sein, welche Aussagen oder auch nur Reaktionen Rückschlüsse für die andere Seite zuläßt. Zumal wenn ein "Spaziergang" 45 Minuten dauert. Der hier beschriebene Gesprächsstoff erklärt vielleicht eine Viertelstunde, was aber alles muß noch erzählt werden um ein Gespräch am Laufen zu halten . . . ? ? ? . . . das hat niemand wirklich im Griff ! ! ! **I.'s**

Infos zum Faschoüberfall auf das A 90 Hüttendorf

bei Breechen in Meck Pom

Was passiert ist: Am Freitag(28.3.97) abends um acht haben 30 bis 40 Faschos das Hüttendorf überfallen, indem sich zu der Zeit 10 Leute aufhielten. Dabei wurden 2 BewohnerInnen schwer und eine leicht verletzt. Die beiden Schwerverletzden liegen immer noch im Krankenhaus.
Die Faschos parkten ihre Autos zirka 100 m vor dem Dorf und konnten so unbemerkt bis auf den Platz gelangen. Zu dem Zeitpunkt saßen fünf Menschen im Küchenwagen, vor dem sich die Faschos sammelten, dann schmiessen sie die Scheiben des Wagens ein.
Daraufhin versuchten die Leute aus der Küche weg zu kommen.. Einigen Leuten gelang es mehr oder weniger unverletzt zu entkommen, die anderen zwei wurden geschlagen und getreten bis sie bewußtlos und blutend am Boden lagen, gleichzeitig wurden die Scheiben von mehreren Hütten und Wägen eingeschmissen., und ein unbewohnter Wagen umgestürzt.
Owohl es in unmittelbarer Nähe zwei Bullenwachen gibt kamen die Bullen später als der nach ihnen angerufene Krankenwagen. Die Aufmerksamkeit der Bullen war meht auf uns gerichtet, als auf ein paar Faschos die die Dreistigkeit besaßen, nach „getaner Arbeit" mit Autos und Mopeds am Dorf vorbei zu fahren. Erst nachdem wir die Kops darauf hinwiesen fingen sie mit Personalienkontrollen an (die Faaschos waren schonweg).

Unsere Einschätzung:

Wir glauben, daß dieser Angriff vorbereitet war .hier fahren zwar oft Schaulustige vorbei, aber gerade am Tag davor sind uns ein paar Leute aufgefallen, die sich in der Nähe des Dorfes aufhielten. Noch ein paar Gründe, warum wir davon ausgehen sind die unübliche Zeit, die Kenntnis se des Dorfes und das disziplinierte und geplant erscheinende Verhalten. Schon ein paar Tage vorher wurde ein Mensch aus dem Hüttendorf im nahe gelegenen Gützkow von fünf Vermummten Faschos mit einer Zaunlatte gejagt.

Wir haben Angst und Hass

Angst weil das Dorf von seiner Lage her leicht angreifbar, bzw schwer zu verteidigen ist. Angst um die Leute im Krankenhaus und vor dem was noch passieren kann, wenn wir wieder weniger sind. Angst vor der Passivität der Bevölkerung gegenüber solchen Angriffen.
Hass auf die Leute, die das getan haben, die Menschen die uns nahe sind so gequält haben Hass auf den gesellschaftlichen Faschismus, der sich in dieser verfluchten Unfähigkeit äußert mit anders Seienden umzugehen und solche Angriffe erst möglich macht.
Wut auf die eigene Hilflosigkeit .
Um uns sicherer und stärker zu fühlen ist es nötig, daß vor allem an den nächsten Wochenenden viele Leute hier sind, und auch Leute herkommen, die für länger bleiben.
Auf das beim nächsten Angriff die Verletzten auf der anderen Seite sind.Unser Hass trägt Früchte

BewohnerInnen und FreundInnen des Hüttendorfs.

Stellungnahme der ANTIFASCHISTISCHEN ARBEITSGRUPPE UELZEN zu einigen Vorfällen während des letzten Castor-Transportes und zur Hilfspolizei "X-tausendmal quer" -17.März 1997-

Bei den letzten Aktivitäten gegen den Castor-Transport nach Gorleben kam es zu Übergriffen von sog. "gewaltfreien" Personen auf DemonstrantINNEN, die sich nicht dem Spaltungskonzept von "X-tausendmal quer" anschließen wollten.
Wir werten diese als Angriffe auf den gesamten Widerstand gegen Atomtransporte und Atomwirtschaft. "X-tausendmal quer" betreibt eine ganz bewußte Spaltung des Anti-Atom-Widerstandes und kündigt schon heute an, das ihnen "der Widerstand in einigen Jahren gehört".

Während des letzten Transportes nach Gorleben übernahmen Personen aus dem Spektrum von "X-tausendmal quer" auch Aufgaben der Polizei.

Im folgendem dokumentieren wir einige dieser Vorfälle:

Bei der "X-tausendmal quer" Blockade
- Einige DemonstrantINNEN wurden aufgefordert ihre Mützen, Tücher und Sonnenbrillen abzunehmen. Einige Personen versuchten dies auch aktiv durchzusetzen.
- Bei mindestens drei Menschen wurde der Rucksack durchsucht. Die Hilfspolizei "X-tausendmal quer" war auf der Suche nach Waffen.
- Menschen wurden aufgefordet ihre Jacken zu öffnen und sich kontrollieren zu lassen.
- Immer wieder wurden Menschen aufgefordert, sich von der Sitzblockade zu entfernen, weil sie der Kleiderordnung von "X-tausend mal" nicht entsprachen. Schwarze Jacken waren verboten.
- Immer wieder wurde Menschen angedroht, sie der richtigen Polizei auszuliefern, wenn sie sich nicht an das Spaltungskonzept von "X-tausendmal quer" halten würden. Obwohl niemand vor hatte das Spaltungskonzept dort zu gefährden.

An der Transportstrecke
- An der Transportstrecke, wo unterschiedliche Gruppen aktiv waren, haben sich "gewaltfreie" Personen zwischen Polizei und DemonstrantINNEN gestellt.

-DemonstrantINNEN wurden festgehalten, die an die Transportstrecke gelangen wollten.
-DemonstrantINNEN die Vermummung vom Gesicht gerissen.
-Immer wieder wurde gedroht, einige DemonstrantINNEN der Polizei auszuliefern.
-Bei Laase/Grippel wurden sogar DemonstrantINNEN festgehalten, die von der Polizei verfolgt wurden.

Und immer wieder wurden Menschen aufgefordert sich zu entfernen, die nicht ausdrücklich "gewaltfrei" sein wollten. Sog."Gewaltfreie" haben ständig versucht, einen alleinigen Anspruch auf den Widerstand zu erheben.

Es muß in Zukunft verhindert werden, das einige Personen aus dem sog. "gewaltfreien" Spektrum, der Polizei und Justiz in die Hände spielen. Es darf nicht sein, das "gewaltfreie" Personen von "X-tausendmal quer" Polizeiaufgaben übernehmen und so die Kriminalisierung des gesamten Widerstandes ermöglichen.

Der Widerstand lebt von den verschiedensten Aktionsformen und Gruppen. Dabei muß es auch bleiben!. Wenn "X-tausendmal quer" akzeptiert wurde, so muß auch erwartet werden, das andere Gruppen ihre Entfaltungsmöglichkeiten bekommen.
Die Angriffe und Spaltungsversuche von "X-tausendmal quer" schaden dem gesamten Widerstand im Wendland!

Wir fordern die OrganisatorINNEN von "X-tausendmal quer" auf, sich von den genannten Vorfällen öffentlich zu distanzieren und dafür zu sorgen, das dies in Zukunft nicht wieder geschieht. Auch fordern wir sie auf, wieder an einem gemeinsamen Widerstandskonzept mit zu arbeiten und ihre Spaltungsversuche sofort einzustellen.
Profilierungsgehabe schadet dem Widerstand und sollte uns eigentlich fremd sein.

Bedauerlich bei "X-tausendmal quer" finden wir auch, das durch die ständige Betonung der eigenen "Gewaltfreiheit", andere wichtige politische Inhalte des Widerstandes und die Hintergründe und Ursachen der Atomtransporte völlig verloren gegangen sind. Dieses angebliche "gewaltfreie" Konzept stellte sich doch letztendlich als inhaltslos dar.

Nur wenn wir die Ursachen von Atomtransporten und der Atomwirtschaft benennen und versuchen zu ändern, werden wir die Atomtransporte stoppen. Die Ursachen liegen im kapitalistischen System. Nur wenn wir

eine Gesellschaft schaffen, die nicht nur auf Profitmaximierung, Leistungsfähigkeit und Konkurrenz orientiert ist, können wir eine Energiewende schaffen. Erst dann können alternative Energieformen rein an ihrem Nutzen für die Menschheit gemessen und getestet werden und unterliegen nicht mehr der Kontrolle einzelner Firmen.

Als antifaschistische Gruppe beteiligen wir uns am Widerstand im Wendland, weil wir Atomtransporte und Atomanlagen als Teil dieses Systems sehen, welches wir ändern wollen.
Antifaschismus ist ein Kampf gegen die Ursachen und gegen die mit dem Faschismus zusammenhängenden Strukturen, die sich in der bestehenden Gesellschaft wiederspiegel.

Unser Ziel: die klassenlose Gesellschaft !

Wer noch über weitere Hilfsdienste für die Polizei berichten kann, möchte sich bitte mit uns in Verbindung setzen. Wir werden weitere Informationen veröffentlichen und uns für einen gemeinsamen Widerstand im Wendland einsetzen.

KONTAKT: **ANTIFASCHISTISCHE ARBEITSGRUPPE UELZEN**
POSTFACH 12 17
29544 BAD BEVENSEN



Graswurzel über gewaltfreies Sitzenbleiben

Anti-Gewaltfreie Reflexe

Methoden und Absurditäten der Denunziation am Beispiel Jutta Ditfurth

Kaum haben sich die Rauchschwaden gelegt, waren die vom Strahl der Wasserwerfer durchspülten Kleider trocken und die Verletzungen halbwegs verbunden, traten am Wochenende, 8./9. März 97, in der Tageszeitung *Junge Welt*, Gewehr - äh Griffel - bei Fuß die selbsternannten VerteidigerInnen der Militanz auf den Plan, um auf die Anti-AKW-Bewegung im allgemeinen (Jürgen Elsässer) und die Gewaltfreien im besonderen (Jutta Ditfurth) einzudreschen. Immerhin zeigt uns deren denunziatorischer Reflex, daß die direkten gewaltfreien Aktionen sowohl des Camps „X-tausendmal quer" als auch aller anderen gewaltfreien Aktionsgruppen in anderen Camps, in Neckarwestheim und entlang der Schienenstrecke einiges bewirkt haben, sonst würden sich die GralshüterInnen der Militanz nicht dazu herablassen, uns mit ihrer Kritik zu behelligen.
Mit Jürgen Elsässers Denunziation brauchen wir uns hier gar nicht weiter zu befassen, denn wer die Anti-AKW-Bewegung nur als „Amnesie" beschreibt, als unfähig in München gegen die Wehrmachtsausstellung zu demonstrieren, sondern zeitgleich in Gorleben die „JN-Parole von der 'nationalen Solidarität'" im Kampf gegen die Besatzungstruppen der „internationalen Atommafia" verwirklicht sieht, disqualifiziert sich von selber. Ihm gegenüber ist es völlig vergeblich, auf die vorbildliche, zum Teil illegale Flüchtlingsarbeit im Wendland zu verweisen, oder auf die 573 Trecker der Stunkparade, von denen nicht einer mit nationalistischen Parolen geschmückt war, oder auf die offensichtliche Tatsache, daß sich „Besatzer raus"-Plakate im Wendland ausschließlich gegen die deutsche Polizei richteten. Elsässers Denunziationen sind umso absurder, wenn wir einmal daran erinnern, daß gewaltfreie Aktionsgruppen schon in den 70er Jahren die Wehrmacht verbrecherisch nannten, Deserteuren gedenken und sie rehabilitieren wollten, schließlich gegen die Wehrmacht-Nachfolgeorganisation Bundeswehr zur Totalverweigerung aufriefen, während Leute wie Elsässer dort ihre Grundausbildung machten. Sie wollten die Gewehre später gegen die Unterdrücker wenden, was sie dann nie tatsächlich machten, sodaß sie real nur zur Affirmation des herrschenden Militarismus beitrugen.

Die Ditfurth-Denunziation

Jutta Ditfurth (Grünen-Funktionärin bis 1988, worüber sie selbstredend kein Wort verliert!) taxiert die erste Anti-AKW-Bewegung auf 1975-1979 und meint, sie habe sich u.a. durch „koordinierte militante Aktion" (jw, 8.3., S.14, alle weitere Zitate ebenda) qualifiziert. Sodann stellt sie fest, daß es „die" Autonomen mit einheitlichem Politikverständnis nicht gibt. Die Instrumentalisierung bäuerlicher Gewaltphantasien gehört bereits zu ihrem anti-gewaltfreien Reflex:
„Die Gewaltphantasien der Betroffenen waren nicht von Pappe. Wollten sie nicht zur Nordroute fahren, wo sich die Camps in Gusborn, Quickborn usw. auf ihre Aktionen gegen Transport und Polizei vorbereiteten? 'Nee, da fahr' ich nicht hin, da schlagen uns die Bullen tot', sagte ein älterer Bauer. Ein Jüngerer: 'Ich bin froh, daß diese Autonomen da sind.' Letzteres hörten wir oft."
Zwar unterscheidet sie noch zwischen einem „militanten oder radikalen Begriff von Gewaltfreiheit" und einem „quasi-religiösen" und gesteht zu, daß sich an der Verladestation „viele Gewaltfreie stundenlang tapfer" gewehrt hätten, dann aber steigert sie sich bis hin zur Denunziation: „Gewaltfreien-FunktionärInnen" am Rand hätten von der Aktion „Besitz ergreifen möchten". Zwei Frauen hätten zu laut geredet und wären gemaßregelt worden: sowas irritiere die Polizei. Dann aber habe die Polizei solcherlei Naivität zerstört und mit Schlägern und Wasserwerfern viele verletzt. Die „Gewaltfreien-FunktionärInnen" aber hätten sich geweigert, die Polizeibrutalitäten über Lautsprecher anzuprangern.
Als die Blockade beendet ist, muß auch Ditfurth zugeben, daß die nach 26-Stunden-Dauerblockade Erschöpften ein Recht haben, sich mal auszuruhen. Trotzdem fordert sie: „Interessant ist jetzt: Werden die BewohnerInnen dieses Camps losgehen und die anderen Camps unterstützen?" Nein, meint Ditfurth, sie fallen nun den tapferen KämpferInnen auf der Strecke in den Rücken, dort wo wegen der Blockade nun keine Presse ist und militante Angriffe aus Gus- und Quickborn unbemerkt niedergeknüppelt werden. Ditfurth zitiert den „X-tausendmal quer"-Aufruf:
„'Mit Gewalt können sie (Polizei) umgehen, an Gewaltfreiheit scheiterten sie auf Dauer.' Das sollen sie mal den verletzten gewaltfreien BlockiererInnen erklären. Oder Menschen mit Geschichtskenntnissen..."
Sie hätte eben 76/77 nie „eine 'Übereinkunft' (!) unterzeichnet wie ein braver deutscher Untertan" oder schriftlich „geschworen, 'keinen Menschen zu beschimpfen'." „SymbolikerInnen" seien die Gewaltfreien eben, „sie diskutieren mit nicht zu lauter Stimme, um die Wasserwerfer nicht zu erschrecken." Daß im Aufruf von einer gewaltfreien „und entschlossenen" Blockade die Rede ist und die Übereinkunft nicht etwa eine mit dem Staat oder der Polizei, sondern eine *freiwillige* der BlockadeteilnehmerInnen *untereinander* für diese eine Aktion, läßt sie weg. Was die Häme stört, wird nicht zitiert.

Aber wem haben wir es zu verdanken, überhaupt zu wissen, wie die Blockade der Gewaltfreien den autonomen KämpferInnen bis Quickborn in den Rücken fiel, indem sie ihnen ihre MedienvertreterInnen vorenthielt? Achtung, jetzt kommt der Höhepunkt der Ditfurth-Kritik: „Ein *ÖkoLinx*-Redakteur kreiste mit dem Fahrrad bis Quickborn als einziger Medienvertreter um den Transport herum. Bis Langendorf blieben sie zu dritt. Erst im letzten Abschnitt kamen mehr JournalistInnen dazu." Ein Hoch auf den revolutionären ÖkoLinx-Fahrradkreisenden, der einsam auf verlorenem Posten aushielt! Da kann der reale Beitrag zum Widerstand noch so irrelevant sein, auf die eigene PR mag die bei den Grünen PR-geschulte Ditfurth nirgendwo verzichten! Jutta Ditfurths Fazit: „'Wir sind das Lachen', sagt der Gewaltlose. 'Hahaha', antwortet der Polizeistaat." Und die Lehre aus dem gewaltlosen Gelache: „Für das nächste Mal ist das Streckenkonzept zu überprüfen. Zu begreifen, daß 'antiautoritär' nicht heißen darf, planlos zu handeln und unkoordiniert." Den Satz wollen wir uns tatsächlich merken, aber ganz anders, als Ditfurth ihn gemeint hat.

Methode Geschichtsfälschung

Schon mit den Geschichtskenntnissen ist es so eine Sache bei Jutta Ditfurth. Die erste Anti-AKW-Bewegung begann nicht 1975, sondern ein, zwei Jahre vorher mit den Aktionen in Kaiseraugst und der gewaltfreien Bauplatzbesetzung im französischen Marckolsheim, die dann die Vorlage für die erste Wyhl-Besetzung lieferte. Die Anfänge waren also sowohl transnational wie gewaltfrei. Wyhl wurde ohne Zaunschlachten verhindert. Und die Schlachten 1976/77 wurden gerade verloren, das machte ja die Krise der Anti-AKW-Bewegung im Deutschen Herbst aus. Die verwirklichte gewaltfrei-anarchistische Utopie „Freie Republik Wendland" (1980), die gewaltfreie Aktionsgruppen als Alternative zum parlamentarischen Weg der Grünen vorbereiteten, zählt Ditfurth schon gar nicht mehr zur ersten Anti-AKW-Bewegung. Gorleben aber war so erfolgreich und dauerhaft, weil es eine „Schlacht um Gorleben" nie gab. Wenn überhaupt der Polizeistaat irgendwo langfristig scheitern könnte, dann in Gorleben aufgrund der Dauerhaftigkeit radikal-gewaltfreien Widerstands! Aber Ditfurth sprang zu Beginn der 80er Jahre, wie viele Militante aus 1976/77, lieber auf den grünen Zug auf, der den Begriff der Gewaltfreiheit gerade entradikaliserte und ihn von seiner antistaatlichen Essenz entkoppelte, wofür auch die bis zur Bonner Elefantenrunde vorpreschende Grünen-Funktionärin Ditfurth verantwortlich ist, weil sie diesen Parteiladen bis 1988 gerade gegenüber den sozialen Bewegungen integrationistisch mitrepräsentierte. Sie soll uns doch mal auch nur eine/n Grünen-FunktionärIn aus dem Spektrum der gewaltfreien Aktionsgruppen nennen, die/der vergleichbar maßgebende Grünen-Positionen in den 80er und 90er Jahren eroberte wie sie und ihre militanten K-Gruppen-Brüder aus 76/77! Was sind sie denn heute, von denen Ditfurth 76/77 „Unschätzbares gelernt" hat und mit denen sie nie eine „Übereinkunft" unterzeichnet hätte? Sie sind nichts als „brave deutsche Untertanen"! Angesichts ihrer eigenen Geschichte als Integrationsfigur und Funktionärin der Grünen ist es absurd von Ditfurth, die AktionistInnen im Blockade-Lautsprecherwagen, deren Taktik sowohl mit der BI als auch mit dem SprecherInnenrat von Splietau abgesprochen war und deren mutmachende Durchsagen sehr zum entschlossenen Durchhalten beigetragen haben, als „Funktionäre" zu beschimpfen.

Methode Spucken auf verprügelte Gewaltfreie

Die Methode militanter Kritik an Gewaltfreien ist immer dieselbe und sie langweilt: wenn Gewaltfreie geprügelt werden, sind sie immer naiv und selber schuld, wenn aber autonome KämpferInnen geprügelt werden, sind natürlich die brutalen PolizistInnen, wahlweise die ihnen in den Rücken fallenden Gewaltfreien schuld. Daß vielleicht auch einmal die autonome Taktik selbst naiv sein könnte, gilt als Sakrileg des Widerstands, über das hinwegzusetzen seit Jahrzehnten nur wir GraswurzelrevolutionärInnen den Mut zur Analyse aufbringen. Können wir uns nicht wenigstens darauf einigen, daß zunächst mal die Polizei an allem schuld ist?

Typisch ist auch Ditfurths „'Hahaha', antwortet der Polizeistaat". Wenn Gewaltfreie niedergeknüppelt wurden, wurde das schon immer von militanter Häme begleitet: „Gewaltfrei war sein letztes Wort - dann trugen ihn die Sanis fort!", hieß es noch in Wackersdorf. Wie zynisch es ist, auf Verletzte aus dem eigenen Widerstand so zu spucken, mag sich jede/r Militante einmal vor Augen führen, wenn er/sie sich vorstellte, wir Gewaltfreie würden uns in vergleichbarer Weise über verprügelte Autonome ins Fäustchen lachen - was wir nie gemacht haben.

Das Splietau-Motto „Wir sind das Lachen" wird ohne jeglichen Versuch eines Verständnisses, was damit gemeint sein könnte, gegen die Gewaltfreien selber gekehrt. Genauso automatisch und reflexhaft hätte Ditfurth ein potentiell ernsthaftes Motto dann natürlich ins Lächerliche gezogen, als „Schweigen für den Frieden" denunziert oder sonstwie gerade den Witz, das Lachen und Auslachen der Herrschenden als militante Kultur gepriesen. Der anti-gewaltfreie Reflex ist so durchsichtig wie vorherbestimmt, von einer politischen Einschätzung des konkreten Geschehens hat er sich noch nie beirren lassen.

über gewaltfreies Sitzenbleiben

Absurditäten autonomer SymbolikerInnen

Ja, es gibt nicht „die" Autonomen, aber so wie es naive Gewaltfreie gibt, so gibt es selbstverständlich auch naive Autonome. Deren Naivität besteht in der Reduktion jeglichen Inhalts und jeglicher Aktionsvorbereitung und -strategie auf Militanz. So prima und im Sinne des Gesamtkonzepts die Straßenunterhöhlungen vom Montag durch die eine Fraktion von Autonomen waren, so könnte ich genausogut eine Fülle von Schwachsinnsaktionen der anderen Autonomen-Fraktion erzählen und beginne mit den Vorfällen am Bahnübergang nahe der Esso-Tankstelle Montagnacht, als der Zug am Verladekran ankam. Da wurde nicht nur das Pflaster der Esso-Tankstelle gerupft, auf der Tankstelle mit Leuchtspurmunition geschossen, sondern auch noch versucht, an die Tanklager ranzukommen. Nur Wolfgang Ehmke und einige BI-Leute konnten das Schlimmste verhindern. Und das an einer Tankstelle, bei der die Inhaber schon vor zwei Jahren keine Polizeiwanne tanken ließen und ohne deren Unterstützung der Anlaufpunkt „Esso-Wiese" gar nicht durchgesetzt werden konnte. Doch wozu sich über die realen Bedingungen informieren, darüber, wer warum geschädigt werden soll? Ein Feuerchen und eine Explosion wirken allemal wie der Bürgerkrieg, der von den herrschenden Medien sehnsüchtig herbeigeschrieben wurde. Da waren übrigens auch alle MedienvertreterInnen vorhanden, selbst die mit dem Widerstand stark sympathsierende Elbe-Jeetzel-Zeitung (5.3., S.5) mußte dann von „Chaoten" sprechen. Nur der ÖkoLinx-Fahrradredakteur kreiste noch nicht - war der Dynamo kaputt?
Auch an den nachfolgenden Tagen gab es zwischen Gusborn und Quickborn eine Fülle von Wald-und-Wiesenschlachten, die effektiv nichts brachten außer dem Ruch des militanten Kampfes. Strohballen müssen halt brennen, ob sie dazu beitragen, den Castor aufzuhalten, ist gänzlich irrelevant! Am Dienstag war die Strecke bei Grippel lange Zeit nur von wenig Polizei besetzt, aber die Autonomen von Gus- und Quickborn waren nicht fähig, ihre Aktionen auch nur einige Kilometer weiter zu verlegen, schnell waren sie eingekesselt und die Nordstrecke abgeriegelt. Selbst die von jeglichem Verdacht auf Sympathien für Gewaltfreie unbelastete Ex-KB-Zeitung „Analyse und Kritik" schrieb zu den konfusen Quickborn-Feld-und-Wiesen-Schlachten am Mittwochmorgen, „daß jede/r 'echte' Autonome angesichts dessen, was dort unter 'autonomem' Etikett an politischem und taktischem Dilettantismus abgeliefert wurde, vor Scham in den Boden versunken wäre." (ak 13.3., S.10)
Aber was erwartete denn der kreisende Ökolinx-Redakteur, wenn denn die Presse tatsächlich dabei gewesen wäre? Erwartete er eine objektive Berichterstattung, wenn die autonomen FighterInnen mit Zwillen, Mollies und Leuchtpistolen schießen? Ist da nicht die bürgerliche Affirmation der Polizeigewalt viel wahrscheinlicher? Viele Autonome wollen doch gar keine Presse bei den Fights dabei haben, sie erwarten wie wir nichts von der Presse, aber sie versuchen auch nicht, die bürgerlichen Medien wenigstens zu spalten, um die politische Legitimationskrise zu erhöhen.

Absurdität Gewaltphantasien

Ja, mehr noch: bei manchen Vorfällen müssen wir geradezu froh sein, daß die Presse nicht dabei war und autonome Ausraster dadurch nicht wahrgenommen hat! Auf der Südstrecke zwischen Splietau und Gusborn war z.B. weithin sichtbar das autonome Graffiti zu sehen: „Tötet Kohl!" Ist das dem herumkreisenden ÖkoLinx-Redakteur nicht aufgefallen - oder hatte er gerade den Drehwurm? „Tötet Kohl!" ist als Spruch so radikal wie das sozialdemokratische „Kohl muß weg!" der Kohle- und Bauarbeiter. Der Spruch blendet die Systemkritik aus, daß es selbstverständlich ganz genauso weiterginge, wenn nur Kohl abgewählt oder abgeschossen würde - und beide, Autonome wie Arbeiter, haben dieselben Gewaltphantasien der Betroffenen! Als der Bottropper CDU-Funktionär vor den Kohle-Kumpeln versprach, in Bonn müßten „die Knüppel rausgeholt werden", wurde auch er bejubelt! Wann merken Leute wie Ditfurth und Elsässer eigentlich mal, daß Gewaltphantasien überhaupt keine inhaltliche Qualität ausdrücken, daß die Leute, die diese Phantasien haben, trotzdem ängstlich sein können oder feige, dann gar auf die polnischen Billiglohnarbeiter losgehen können?
Die gewaltbereiten Bauern, die Jutta instrumentell für ihre Argumentation vereinnahmt, wollten gerade nicht zu den Autonomen, die sie ja so lieben. Warum nicht? Weil ihre Fights für sie zu unübersichtlich sind, sie hatten Angst! Und heraus kommt die berühmte Arbeitsteilung zwischen gewaltphantasierenden BürgerInnen und autonomen FrontkämpferInnen, d.h. autonome StellvertreterInnenpolitik! Wie schon damals in Wackersdorf bei den dortigen Zaunschlachten. Diese Arbeitsteilung und StellvertreterInnenpolitik der Autonomen hatte damals die autonome LUPUS-Gruppe bei den Libertären Tagen 1987 als „Kult der Gewalt" kritisiert, denn die gewaltbereiten OberpfälzerInnen wählten schnell wieder CSU!
Machen wir uns doch nichts vor: es gibt die hypermilitante Fraktion der Autonomen, denen Bündnisabsprachen, die vielfältigen Aufrufe zum wendländischen Konsens, keine Menschen offensiv anzugreifen, von vorneherein so schnurzpiepegal sind wie nur was. Sie kümmern sich um nichts und

niemanden und ziehen ihren Stiefel durch. Ihre Wald-und-Wiesenschlachten, die den Castor real keine Minute aufhielten, ihre Rituale - das sind die wirklichen Spielchen, das ist Symbolik pur, dieser Teil der Autonomen sind die tatsächlichen „SymbolikerInnen"! Es ging uns bei ihren Aktionen, die wir kommen sahen, durchaus darum, daß der Gesamtcharakter der Aktionen von ihnen, deren „Autonomie"-Begriff nur Willkür beinhaltet, nicht dominiert wird. Es ging uns nicht darum, sie an irgendwas zu behindern. Es gibt natürlich andere autonome Fraktionen, die sich an Bündnisabsprachen hielten oder die Untertunnelungen am Montag nicht mit Angriffen auf Personen verbanden. Doch sie verstehen es nicht als ihre Aufgabe, eine Diskussion über Sinn und Zweck bestimmter militanter Aktionen innerhalb der Autonomen-Bewegung zu entfachen. Die Fähigkeit zur Selbstkritik und Selbstreflexion innerhalb der militanten Bewegung ist heute qualitativ gesunken - und am wenigstens ist sie von Ditfurth & Co. zu erwarten.
Wir wollen uns dieser Aufgabe in unseren Kreisen nicht verschließen: ich will hier gar nicht manch naive Einzelaussage von Gewaltfreien oder manches Problem beim Gesamtablauf der Blockade verteidigen, es gibt vieles, was zu kritisieren oder zu verbessern wäre. Wir werden das auswerten und selbstkritisch manches ansprechen. Wir waren auch überfordert, bei 7000 Beteiligten, von denen ein Großteil noch nie an einer gewaltfreien Aktion teilgenommen hatte und mit allen Vorurteilen und Naivitäten im Kopf ankam. Was zählt, sind aber nicht von Ditfurth zitierte Einzelbeispiele, sondern ist der politische Gesamtcharakter der gelaufenen gewaltfreien Aktionen - und der kann sich ganz bestimmt sehen lassen.
Ich habe an den Aktionen am Freitag in Neckarwestheim, bei den Gleisblockaden am Montag und dann bei den Aktionen an der Straßenstrecke teilgenommen. Ich will der Aufforderung nach differenzierter Behandlung der autonomen Strömungen gerne nachkommen und erwähnen, daß die Zusammenarbeit in Neckarwestheim prima geklappt hat und unsere Ankettaktion der Tonnen, die wir mit über 70 Leuten durchführten und die den Transport effektiv eineinhalb Stunden aufhielten, von einer autonomen Blockade hervorragend unterstützt wurde. Aber die Autonomen im Süden haben sich auch an den Konsens, keine Personen anzugreifen, gehalten. Wenn wir einmal gerade unter dem Gesichtspunkt Effizienz die Aktionen betrachten, dann fällt doch ins Auge, daß sowohl in Neckarwestheim als auch an der Zugstrecke (die Göttinger Blockade war wohl gemischt, die Einbetonierung bei Dahlenburg hielt 5 ½ Stunden auf, die Ankettaktion bei Hitzacker eine weitere Stunde) als auch auf der Straßenstrecke (die Blockaderäumung dauerte 9, mit der Seilaktion der Frauen 10 Stunden und brachte eine Anfangsverspätung von 6 Stunden!) gerade gewaltfreie Aktionen für die größte Effizienz bei den Verzögerungen sorgten. Das sollte doch einmal zu denken geben! An der Splietau-Blockade lag es ganz bestimmt nicht, daß der Transport im Anschluß an allen autonomen Kampffronten im Rekordtempo zum Zwischenlager durchpreschte. Wahr ist vielmehr, daß die Blockade real noch viel mehr Zeit für die Vorbereitung autonomer Aufhalteaktionen gebracht hat. Und was passierte? Nichts! Die Blockadeleute legten sich nach der Aktion erstmal hin, weil sie dachten, so schnell kommt der Zug nicht durch die Autonomen-Reihen und am Ende könne dann wieder blockiert werden. Nix war's! Planlos und unkoordiniert gehandelt haben nicht wir, sondern sie! Das war der materielle Erfolg der gewaltfreien Aktionen im Wendland und das komplette Versagen der Militanz!
Ditfurth stellt zudem die bäuerliche Gewaltbereitschaft ganz falsch dar. Die bäuerliche Notgemeinschaft hat nicht von ungefähr im Vorfeld und in Aufrufen die Gefährdung von Menschen abgelehnt und nach den Aktionen ihre Abschlußfete auf das Splietauer Camp gelegt. Viele WendländerInnen, Ältere, Bauern und Bäuerinnen haben autonome Fights sehr wohl als sinnlos kritisiert. Aufgrund ihrer Ängste haben sie viel lieber bei der Sitzblockade mitgemacht, da war es für sie selbst - und nicht für die Polizei, die sich ganz schön verschätzt hat! - übersichtlich, sie konnten ihre Ängste abbauen, sich selbst beteiligen und auch aussteigen, wenn es ihnen zu brutal wurde. Die Arbeitsteilung war gerade abgebaut, sie waren an den Entscheidungsprozessen beteiligt! Gewaltfreie AktivistInnen und GraswurzlerInnen haben die Blockade politisch vorbereitet durch die Analyse, daß sich viele BürgerInnen bei den letzten Transporten passiv und ohnmächtig an der Strecke aufgehalten haben. Nun haben sie sich aktiv beteiligt und dem System dadurch massiv Legitimationsprobleme verursacht- das war der politische Erfolg der Blockade!

Lou Marin (aus GWR 4/97)





ANTIFASCHISTISCHE ARBEITSGRUPPE UELZEN
POSTFACH 12 17
29544 BAD BEVENSEN

Uelzen, 17.03.97

Guten Tag!

Wir wenden uns heute an Euch, weil wir ein Jugendprojekt in Dannenberg (Wendland) unterstützen wollen.
Wir, das sind Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Uelzen und dem Wendland.

Seit dem 31.1.97 gibt es in Dannenberg das Jugendprojekt "**AbraXas**". Ziel des "**AbraXas**" ist:

> *"Es soll ein Anlaufpunkt für Jugendliche und junge Erwachsene geschaffen werden, der einzig und allein von den interessierten jungen Menschen organisiert, verwaltet und bestimmt wird"*
>
> *"Das Jugendinitiativprojekt ist hierbei ein Ansatz von Jugendlichen positiv auf Politik und Gesellschaft einzuwirken, mit dem Ziel jugendlichen Interessen Stimme und Gehör zu verschaffen."*
>
> (aus dem Konzept, 10.12.96)

Das "**AbraXas**" ist aufgrund der finanziellen Situation, sowie durch permanente Bedrohung von Nazis akut gefährdet. Nach der erst kurzen Zeit des Bestehens des "**AbraXas**", ist die Zukunft des Projektes nicht gesichert.

Dannenberg hat sich in den letzten Jahren zu einem Treffpunkt von organisierten Nazis und rechtsorientierten Skinheads und Jugendlichen entwickelt. Vorallem an dem Dannenberger Jugendzentrum treffen sich täglich Nazis und ihr Umfeld. Immer wieder kam es zu brutalen Übergriffen. Faschistische Aufkleber und anderes Propagandamaterial tauchen regelmäßig auf.
Ende Januar erhielt die Bürgerinitiative Lüchow/Dannenberg einen Drohbrief von Nazis. Dieser enthielt Morddrohungen gegen antifaschistische Gruppen aus Uelzen und dem Wendland, einen Antifaschisten aus Uelzen, die BI und das "**AbraXas**".
In der Nacht vom 14.2. auf den 15.2.97 wurde dann eine Scheibe des "**AbraXas**" von Nazis eingeworfen.

Neben und mit der faschistischen NPD, sind militante Neofaschisten im Landkreis Lüchow/Dannenberg aktiv. Daneben treten die erwähnten rechtsorientierten Skinheads und Jugendliche auf.

Neben den anstehenden Kosten für eine neue und vorallem gesicherte Scheibe, werden in den nächsten Tagen ungefähr **2000** Mark benötigt. Diese **2000** Mark sind u.a. für die laufenden Kosten, Darlehen und Kaution dringend erforderlich.
Die jetzige prekäre finanzielle Situation ist dadurch entstanden, das versprochene Gelder nicht ausgezahlt wurden.
Erwartete Spenden sind leider auch ausgeblieben.

Aufgrund der geschilderten Situation, nun unsere Initiative zur Unterstützung des "**AbraXas**".

Als Teil unserer antifaschistischen Arbeit in den Landkreisen Uelzen und Lüchow/Dannenberg, sehen wir das Jugendprojekt in Dannenberg als Chance linke Politik voranzutreiben.
Wir unterstützen das Jugendprojekt nicht nur finanziell, sondern versuchen auch mit einem **Antifaschistischen Cafe** (jeden Mittwoch) das "**AbraXas**" mit Leben zu füllen. Antifaschistische Arbeit ist in Dannenberg dringend erforderlich, um die bedrohliche Situation zu ändern.

Wir bitten Euch nun, dieses wichtige Projekt zu unterstützen.
Wir denken dabei zuerst an finanzielle Solidarität. Andere Ideen und eigene Aktivitäten (z.B.Veranstaltungen) sind natürlich auch sehr erwünscht.

Dieser Hilferuf an Euch ist sehr dringend!

Für Fragen und weitere Informationen könnt Ihr Euch jederzeit an uns wenden oder direkt an das "**AbraXas**".

Solidaritätskonto der ANTIFA AG UELZEN: O.Meyer (Kontoinhaber)
Volksbank Uelzen
BLZ: 25862292
Kontonr.: 869299801
Stichwort: **AbraXas**

Wenn das Geld nicht schnell zusammenkommt, wird das Projekt scheitern.

Wir unterstützen das "AbraXas", seit auch Ihr solidarisch - spendet !

Mit antifaschistischen Grüßen
aus Uelzen und dem Wendland

Redebeitrag von Rolf Heißler, Gefangener aus der RAF, zum 18. März 1997

Die BRD ist mitverantwortlich für die Besetzung der japanischen Botschaftsresidenz in Lima

Am 17.12.1996 besetzte ein Kommando der MRTA (Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru) die Residenz der japanischen Botschaft in Lima. Das Kommando nahm die anläßlich des Geburtstages des japanischen Kaisers anwesenden ausländischen Diplomaten, führenden Geschäftsleute – vor allem aus Japan – sowie hochrangige peruanische Militärs, Richter und Politiker gefangen. Noch am selben Tag wurden die Frauen und Kinder wieder freigelassen.

Das Kommando kündigte die Respektierung der körperlichen Unversehrtheit der gefangenen Personen an und forderte von der peruanischen Regierung zuallererst „die Verpflichtung auf eine Wirtschaftspolitik, die das Wohl der Mehrheit der Bevölkerung zum Ziel hat", wie „die Freilassung aller Gefangenen der MRTA und aller Personen, denen eine Mitgliedschaft in unserer Organisation vorgeworfen wird".

Peru ist eines der ärmsten Länder Amerikas. Seit dem Amtsantritt des Präsidenten Fujimori 1990 hat sich die wirtschaftliche Situation der überwältigenden Bevölkerungsmehrheit weiter verschlechtert, eine jährliche Inflationsrate von rund 2300%, Rezession und eine immer höhere Arbeitslosigkeit von 60-70%.

Zur Erfüllung von Forderungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, deren Politik von Staaten wie der USA, der BRD, Japans usw. festgelegt werden, beschloß Fujimori bereits im August 1990 mit Unterstützung des Militärs ein Paket wirtschaftlicher Schockmaßnahmen, dessen Folgen der 20fache Anstieg der Preise von Lebensmitteln und Dingen des unmittelbaren Bedarfs, der 300%ige Anstieg des Benzinpreises, das Einfrieren von Löhnen und Gehältern und die Privatisierung von Staatsunternehmen und deren Verkauf an ausländische Konzerne waren. Von den 22 Millionen PeruanerInnen leben heute nach Uno-Kriterien 13 Millionen in absoluter Armut, 7 Millionen sogar weit unterhalb der Armutsgrenze.

In den letzten 4 Jahren ist die Zahl der politischen Gefangenen in Peru auf über 9.000 angewachsen, darunter nicht nur KämpferInnen der Guerilla, sondern die meisten aus der legalen Opposition gegen die Politik Fujimoris (und des IWF und der Weltbank). Sowohl die Prozesse als auch die Haftbedingungen entsprechen in nichts der Menschenrechtskonvention. Die politischen Gefangenen haben keinen Kontakt mit anderen Gefangenen und zur Außenwelt, sind akustisch und optisch isoliert und vegetieren teils in Verliesen acht Meter unter der Erdoberfläche in vollständiger Dunkelheit und unter permanenter Überwachung ohne medizinische Versorgung und unter mangelhafter Ernährung. Zu diesen unmenschlichen Lebensbedingungen kommen die Praxis und die ständige Bedrohung durch die Folter. Die Vernichtungspolitik schreckt vor keinem Mittel zurück, um ihre politische Identität zu brechen, und Fujimori hat sein Ziel hörbar für die ganze Welt wiederholt offen ausgesprochen: „Dort werden sie verfaulen und nur tot wieder herauskommen."

Die Welt und natürlich erst recht die Regierungen in den Industrieländern kennen diese Fakten und schweigen. Aber das hat Methode.

Als 1986 die Sozialistische Internationale unter Vorsitz des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt in Lima tagte, nutzte der damalige Präsident Alan Garcia die Gelegenheit und ließ bei einem „Gefängnisaufstand" Hunderte von Gefangenen massakrieren. Brandt nahm dagegen aus den Händen seines verantwortlichen Parteigenossen den höchsten peruanischen Orden in Empfang und schwieg dazu.

Im Februar 1987 schrieb Adelheid Schulz, Gefangene aus der RAF, aus dem Knast Köln/Ossendorf: „ende februar war ja eine delegation aus peru in bonn mit dem peruanischen justizminister. in den nachrichten hieß es, die gespräche gingen um die verstärkte zusammenarbeit bei der bekämpfung des terrorismus, und besonders würde sich der peruanische justizminister für die organisierung des deutschen strafvollzugs interessieren. ich hatte die peruanische delegation am 26.2. hier mitgekriegt ... wir wissen das ja schon lange, wie eng der austausch von erfahrungen über die widerstandsbekämpfung ist und daß das deutsche ‚modell' der vernichtung von gefangenen und ihre formen der guerilla-bekämpfung überallhin exportiert wird. die deutschen bullen führen in peru auch polizeiausbildung durch. wenn man das dann so hautnah erlebt, wie diese peruanischen strafvollzugstypen auf die deutsche isolationstechnologie abfahren, diejenigen, die für die massaker an den peruanischen gefangenen auch mitverantwortlich sind, daran kommt es auf den boden, wie es ist, wie eng alles zusammenhängt – die angst der herrschenden um ihre macht, unsere situation hier und die der gefangenen dort, der kampf dort und der kampf hier, die gemeinsamen und sich vereinheitlichenden anstrengungen der konterrevolution, auf internationaler ebene gegen alle, die um befreiung kämpfen. darin haben wir hier wirklich eine besondere verantwortung. das isolationsprogramm zu brechen, es wird sonst überallhin exportiert mit den 16jährigen brd-erfahrungen und militärisch durchgesetzt, wie gegen die gefangenen in peru, die gegen ihre geplante verlegung in isolationsknäste gekämpft haben."

Im Oktober 1996 wurde Fujimori mit allen Ehren in Bonn empfangen, erzählte von der Zerschlagung des „Terrorismus" und den großen wirtschaftlichen Erfolgen, allerdings nur für eine Minderheit in Peru und für ausländische Konzerne, und bekam einmal mehr die Zusicherung der verstärkten Zusammenarbeit von der Wirtschaft bis zur Anti-Terrorismus-Bekämpfung.

Kinkels erste Reaktion auf die Operation des MRTA-Kommandos war nicht etwa die Unterstützung dessen legitimer Forderungen und die Aufforderung an Fujimori zur Einhaltung der Menschenrechte, sondern er unterstützte Fujimoris Wirtschaftsprogramm und die Vernichtungsstrategie gegen die Gefangenen und bot die Entsendung von „BKA-Experten" an. Ab und an ist zu lesen, daß sich auch deutsche Sondereinheiten vor Ort befinden. Es ist nicht auszuschließen, denn Fujimori orientiert sich an den hiesigen Erfahrungen während der Gefangennahme von Schleyer 1977.

Die Desinformationskampagne in den Medien. Während im TV ständig Demonstranten gegen die „Terroristen" gezeigt werden, wurde bekannt, daß Menschen aus den Armenvierteln durch die Drohung mit Entzug der Lebensmittelhilfe dazu gezwungen wurden. Während das Kommando ihre Gefangenen zu Kriegsgefangenen erklärte und sie nach der Genfer Konvention behandelt, d.h. Freilassung Erkrankter, medizinische Überwachung der anderen usw., drohte Fujimori mit der Stürmung, falls jemand zu Schaden komme, und tat so, als ginge das Verhalten des Kommandos auf seine Drohung zurück. Gegen die politischen Gefangenen dagegen verhängte er Kontaktverbot. Damit ist ihr Leben noch mehr bedroht, wie wir von 77 aus Stammheim wissen.

Die G7-Staaten (USA, BRD, Japan, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada) unterstützen die peruanische Strategie, keinerlei Zugeständnisse zu machen. Verständlich. Denn es ist ihre Politik, die nicht nur in Peru und den Ländern der drei Kontinente exekutiert wird, sondern auch in den eigenen Ländern: Die Ausbeutung und Unterdrückung nimmt zu, die Arbeitslosenzahlen steigen, die soziale Verelendung nimmt zu, die Lebensbedingungen immer breiterer Bevölkerungsschichten verschlechtern sich weiter – und die Profitraten der herrschenden Klassen wachsen. Die Armen werden immer ärmer, die Reichen immer reicher.

Die Besetzung der japanischen Botschaftsresidenz muß politisch gelöst werden!

Politik muß für die Menschen gemacht werden!

Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit!

Rolf Heißler, Gefangener aus der RAF, 1.3.97

Buchtip der Woche

Rossana Rossanda & Carla Mosca / Mario Moretti

Brigate Rosse - eine italienische Geschichte

Dieses Jahr droht uns hierzulande der 20. Jahrestag des deutschen Herbstes; das Jahr, welches wesentlich geprägt war durch die „RAF-Offensive '77" (Buback, Ponto, Schleyer) und ihrer Niederlage in Mogadischu und Stammheim. Von offizieller Seite wird in Berlin-Schönefeld ein Fernseh-Zweiteiler abgedreht, natürlich mit „Buch zum Film", doch von den AkteurInnen auf Seiten der RAF ist - mit Ausnahme der Abbitte von AussteigerInnen - nichts zu hören. Dieses Feld wird völlig der Gegenseite überlassen. Hoffnungen macht die Ankündigung der RAF vom 9.12.96, an einer Geschichte der Linken und ihrer Rolle darin, zu arbeiten.

Welches Niveau eine solche Aufarbeitung haben könnte und müßte, veranschaulicht ein Versuch aus Italien, die Geschichte der Brigate Rosse (BR) nachzuzeichnen, der nun auf deutsch vorliegt. Die beiden Journalistinnen Rossana und Carla Mosca interviewten und diskutierten sechs Tage lang im Knast mit einem der „Anführer" der BR, Mario Morettti. Dieser, Gründungsmitglied und unter anderem verantwortlich und verurteilt für die Moro-Entführung, sitzt seit 1981 im Knast. Seit wenigen Wochen ist er Freigänger. Das Buch besteht zwar hauptsächlich aus dem üblichen Frage-Antwort-Spiel, aber immer wieder kippt das Interview um in ein lebendiges Streitgespräch, den auch Rossa Rossanda und Carla Mosca sind Subjekte jener Jahre gewesen.

Den Tiefgang des Gesprächs macht sicherlich aus, daß Moretti weder die eigene Verantwortlichkeit für die BR und ihre Taten leugnet noch um „*die Höhe der Niederlage*" herumredet: „*Wir haben alles verlangt, und es ist richtig, daß wir für alles bezahlen. Wir haben es bis zum letzten Mittel versucht, wir haben uns das Recht genommen, den bewaffneten Kampf zu führen, harte und komplizierte Taten zu vollbringen*" (S. 268) „*Über das Wie, sogar über den bewaffneten Kampf, muß man noch mal nachdenken und vielleicht alles revidieren. Aber das kann man nur tun, wenn man die Verantwortung für alles übernimmt*" (indirekte Rede aus dem Vorwort, Seite 16). Ihm geht es um eine eigene, vom Gegner unabhängige Reflexion der Geschichte, immer bemüht, einen antagonistischen (unversöhnlichen) Standpunkt gegenüber Staat und Kapitalismus zu behalten.

R.R. & C.M.: „*Daß die Pentiti (Reuige; Kronzeugen) sagen, „wir haben alles falsch gemacht", akzeptierst du nicht?*"

M.M.: „*Hätten sie das nur gesagt. Sie haben gesagt, daß die andere Seite, der Staat, das Kapital, recht hatten. Keine Niederlage kann eine derartige Selbsterniedrigung rechtfertigen. Das verleugnet nicht nur den Sinn unseres Kampfes, sondern den der gesamten Bewegung eines Jahrzehnts. Inhalte, Erfahrungen, Ziele, Werte - alles in Anbetung des Staates annulliert. Ein Gedächtnisverlust, der mehr Desaster verursachte als der bewaffnete Kampf. Jene Geschichte gehörte den Leuten zurückgegeben, den lebenden sozialen Subjekten, die sie vielleicht verschlungen und in Stücke zerrissen hätten. Das wäre für uns nicht gemütlich gewesen. Aber sie gehört nicht der anderen Seite geschenkt*" (S. 272/73).

In sechs langen Gesprächen wird mehr oder weniger chronologisch die Geschichte der BR nachvollzogen und Mario Morettis Lebensweg darin. Wie er als junger Ingenieur nach Mailand kommt. „*Wer sagt, er liebe Mailand, lügt, oder weiß nicht, wie seine Straßen an einem Dezembertag um sechs Uhr morgens aussehen*" (S. 28), in die großen Fabriken wie SIT-Siemens, Pirelli, Alfa Romeo, u. a.; wie sich dort im Gefolge von 1968 die Klassenkämpfe zu ungeahnter Radikalität entwickeln, er in eine große Kommune zieht, mit seiner damaligen Lebensgefährtin ein Kind macht, mit seinen Arbeitskollegen erste klandestine Aktionen durchführt (die Autos von Vorarbeitern und Personalchefs anzuzünden), mit Renato Curcio ein weiteres Gründungsmitglied der BR kennenlernt, und wie aus diesen Kämpfen im Laufe der Zeit die BR entstehen.

Die BR sind in den 70er Jahren in den Fabriken verankert. Viele der ArbeiterInnen wissen, wer bei der BR ist, und gehen nicht zur Polizei. Allerdings interpretieren dies die BR fälschlicherweise als inhaltliche Zustimmung. Diese Verankerung in authentischen sozialen Kämpfen vor Ort macht den Unterschied der BR zu ETA und IRA, die sich als nationale Befreiungsbewegungen verstehen, und zur RAF aus, die sich auf die Kämpfenden im Trikont bezieht.

Es folgen die ersten Kolonnen, die ersten Entführungen von Managern, die aber meist nach wenigen Stunden oder Tagen vor den Werkstoren, möglichst bei Schichtwechsel, wieder freigelassen werden, es folgen die ersten Toten auf beiden Seiten. Doch die Großfabriken als zentraler Ort der Auseinandersetzung werden immer mehr im Produktionsprozeß marginalisiert. „*jenes Meer [in dem die BR wie Fische schwammen], das so reich und lebhaft gewesen war, war zum stehenden und verschmutzten Gewässer geworden*" (S.114). Auch diese Entwicklung ist einer der Entstehungsfaktoren der BR: „*Wir hatten die Macht in der Fabrik in Frage gestellt, und sie zogen uns buchstäblich den von uns beeinflußbaren Boden unter den Füßen weg. Mit*

dem Kampf im Betrieb, der traditionellen Konfrontation, befanden wir uns im Aus. Wir beschlossen den bewaffneten Kampf, um eine effektive Möglichkeit der Konfrontation zu erhalten" (S.43). Der Staat und seine Repressionsorgane werden zum Hauptgegner - *„ins Herz des Staates treffen"* die neue Strategie. Parallel entsteht die Bewegung von '77, die der Autonomia, der StadtindianerInnen, die den Stadtteil und den Alltag ins Zentrum der Kämpfe rücken. Doch auch sie kommen nicht durch, zerbrechen an ihren eigenen Widersprüchen und der Repression. In Folge dieser Niederlage strömen Hunderte von Militanten zur BR, die nun ihren operativen Höhepunkten zusteuert. Erst die Moro-Entführung, die ausführlich beschrieben und diskutiert wird, dann 1980 bis zu vier Entführungen gleichzeitig. Mit der Entführung von d'Urso (einem hohen Richter) gelingt es, *„richtig Politik zu machen"* und die Schließung einiger Spezialgefängnisse (z.B. Asinara) durchzusetzen. Im Nachhinein die erfolgreichste Aktion der BR - meint Moretti, *„ein Meisterwerk der Guerilla"*. Doch dies ist zugleich der *„Schwanengesang der BR"*. Sie spaltet sich ab 1980 in die „traditionelle" Mailänder Kolonne „Walter Alasia", in die BR-PCC („Kämpfende Kommunistische Partei") und die BR-PG („Guerilla-Partei"). Moretti wird 1981 verhaftet und ordnet sich keiner der drei Hauptströmungen zu. 1987 stellen die Reste der BR den bewaffneten Kampf ein.

Zu wenig refektiert Moretti meiner Meinung nach die Rolle der eigenen marxistisch-leninistischen Ideologie, die eben gewisse (Selbst-)erkenntnisprozesse verbaut und zu sehr auf Polarisierung setzt. Daß es die ganze Zeit über auch Alternativen zur BR wie andere bewaffnete Gruppen („Prima Linea", die ganze „Guerilla diffusa", etc.) gibt, erwähnt er zwar, geht aber zu wenig auf die inhaltliche Kritik ein. Dasselbe gilt für die Kritik an der Eskalationspolitik der BR („Die BR schießt auf die Bewegung"). Trotzdem ist einem seiner Resümees wenig entgegenzusetzen (S. 22): *„Was denn anderes tun? Was an anderem ist denn gemacht worden, was nicht gescheitert wäre? Welcher Praxis, der der kommunistischen Partei, der der breiten Linken, der der neuen Linken, ist es den gelungen, das Desaster der 80er Jahre zu verhindern?"*

Benjamin Kaminski

Rossana Rossanda & Carla Mosca
Mario Moretti
Brigate Rosse - ein italienische Geschichte
Verlag Libertäre Assoziation Hamburg und
Verlag der Buchläden
Schwarze Risse Berlin und Rote Straße Göttingen
ISBN 3-922611-58-3
29.- DM
(übrigens vom Übersetzer mit sehr informativen Anmerkungen zu fast allen Begriffen und Personen versehen)



Titelblatt der Bewegungszeitung *ROSSO* vom März 1977 mit der Schlagzeile: »Ihr habt teuer bezahlt .. Ihr habt nicht alles bezahlt!«



INFO
des
Autonomen Rechthilfefond Rosenheim
März 1997 - Nr. 2

Pleite, Pech und Polizei

Freispruch für AKW-Gegner

Am 17.2.97 fand vor dem Amtsgericht Traunstein eine Verhandlung gegen Stephan M. statt. Ihm wurde vorgeworfen gegen den §90a "Verunglimpfung der BRD und ihrer Organe" verstoßen zu haben. Er sollte angeblich die Parole **"BRD BULLENSTAAT - WIR HABEN DICH ZUM KOTZEN SATT"** gerufen haben.
Diese Straftat sollte auf der linken Anti-Atom-Demo anläßlich des Tschernobyl-Jahrestags am 27.4.96 in München begangen worden sein.
Als Beweismaterial dienten der Staatsanwaltschaft Video- und Filmmaterial, welches die Bullen während der Demo aufgenommen und anschließend ausgewertet hatten.



Beim Prozeß am 17.2.97 mußte der Staatsanwalt nun feststellen, daß das angebliche Beweisfoto nicht Stephan M. zeigte, sondern eine andere Person. Der Staatsanwalt konnte nur noch sagen, daß eine gewisse Ähnlichkeit bestünde, ansonsten blieb ihm keine andere Alternative als Freispruch zu beantragen. Stephan M. wurde freigesprochen, und somit gehen auch die AnwältInnenkosten zu Lasten der Staatskasse.
Wir, vom autonomen Rechtshilfefond, freuen uns immer über solche Schlappen der Ermittlungsbehörden sehr. Wir beglückwünschen die Polizei zu ihrem hervorragenden Arbeitsergebnis, und sagen: "Macht weiter so!"

Ein Freuen über Pleiten von Polizei und Justiz ist angesagt. Jedoch warnen wir davor, sich grundsätzlich über den Staatsapparat zu belustigen, denn er kann auch alles andere als lustig sein. Bei jeder Demo sind "Dokumentationstrupps" der Bullen im Einsatz. Diese haben die Aufgabe alle/s abzufilmen, angebliche "Straftaten" oder andere Verstöße, wie z.B. Seitentransparente, aufzuzeichnen und gerichtlich verwertbar zu machen. Dabei arbeiten sie nicht immer so schlecht, wie in dem angesprochenen Fall.
Also, nach der Freude, einen geeigneten Umgang mit der verschärften staatlichen Repression durch Videos etc. finden!

Schnüffelei der Ermittlungsbehörden

Zwei Schüler aus Rosenheim erhielten vor kurzem von den Bullen Vorladungen, um Zeugenaussagen zu machen. Die Ermittlungsbehörden versuchen so, Erkenntnisse über einen Sonntagsspaziergang gegen den Forschungsreaktor (FRM II) in Garching zu erzielen, um dann einzelne Menschen strafrechtlich verfolgen zu können.
Die Schüler machten das einzig richtige in so einem Fall, sie kamen der Zeugenvorladung nicht nach.
Aus diesem Anlaß wollen wir darauf hinweisen, daß die Ermittlungsbehörden mit allen Methoden versuchen, Erkenntnisse über mutmaßlich linken Widerstand zu erlangen. Sie nutzen dabei oft die Unerfahrenheit, gerade junger Menschen, aus, um an Informationen heranzukommen.
Jede/r hat das Recht den Bullen gegenüber die Aussage zu verweigern. D.h. Vorladungen zur Polizei - egal ob als ZeugIn oder BeschuldigtE - können ignoriert und in den Müll geworfen werden. Auch wenn Polizei vor der Tür steht, besteht kein Grund zur Panik: nur mit einem Durchsuchungsbefehl müßt ihr die Bullen in eure Wohnung lassen, und Aussagen, egal welcher Art, braucht und solltet ihr auch dann nicht machen! Denn habt ihr einmal zu quatschen angefangen, ist es schwer wieder aufzuhören. Auch für euch scheinbar belanglose Sachen, können euch selbst, eure FreundInnen oder andere belasten. Außerdem können euch die Bullen durch ihre psychologische Schulung "Sachen rauskitzeln".

SCHON WIEDER!



Also Maul halten !

Noch Fragen?
Montags ab 20.00 Uhr werdet ihr in der Vetternwirtschaft in Rosenheim immer Menschen finden, die euch weiterhelfen können!

In Rosenheim stehen noch einige Verfahren an (siehe Info Nr.1/97). Der autonome Rechtshilfefond unterstützt die Betroffenen mit AnwältInnen und durch Öffentlichkeitsarbeit. Dafür wird finanzielle Unterstützung gebraucht!

Also, spendet massenweise für die Verfahren!

Spenden und Post an: Autonomer Rechtshilfefond Rosenheim
Oberaustr. 2, 83026 Rosenheim

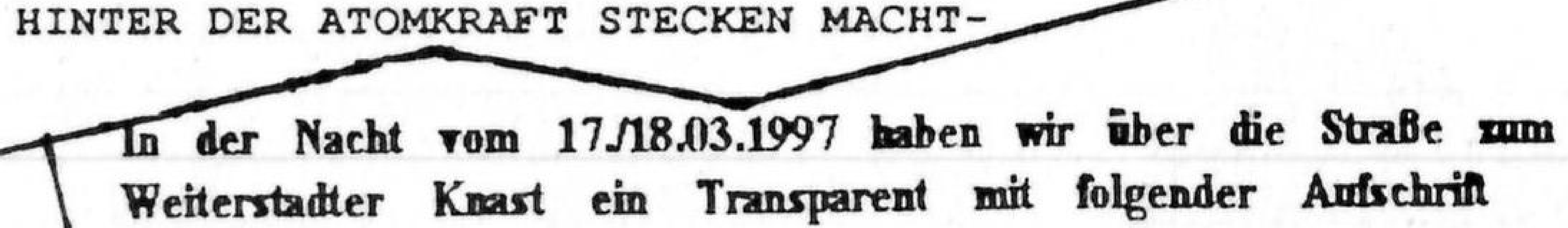
V.i.S.d.P. R. Mullner, Marchnerstr 46 Rosenheim

Entgegen dem eigenen Anspruch, ist es der autonomen Scene nicht gelungen, dem Motto „den Castor stoppen, bevor er losfährt" gerecht zu werden.
Trotzdem liefen im Vorfeld allerhand Aktionen und Nadelstiche gegen die Atommafia.
Da es so scheint, dass die Bullen unser erstes, ausführlicheres Papier abgefangen haben, hier noch mal in Kürze:
Am 28.02.97 hat es unter der Donnersbergerbrücke in München geknallt. Farbeier auf zwei Kleintransporter und einen PKW der Deutschen Bundesbahn sollten unsere Wut über die Atommülltransporte ins Wendland ausdrücken. Darüberhinaus aber geht es uns, die Machenschaften dieses kapitalistischen Konzerns anzugreifen.
Die DB profitiert von Waffenlieferungen an Folterregimes, als ein Bindeglied im Schienentransport ebenso, wie Abschiebungen an der Tagesordnung sind und gerade im Moment an Brisanz gewinnen, wg. den, von der Bundesregierung zynisch formulierten „Rückführungen ehemaliger Flüchtlinge aus Jugoslawien" - darunter eine Vielzahl von Kriegsdienstverweigerern und vergewaltigten Frauen.
Die Legetimität von militanten Vorgehen gegen DB ergibt sich demnach aus vielen, sehr unterschiedlichen Themenkomplexen - unsere Aufzählung ist nur ein Auschnitt. Von daher bleiben Angriffe zu jederzeit angebracht, wenngleich sie an Brisanz gewinnen, wenn der Castor rollt.
Nur aus einem vielfältigem Ansatz unter Vorrang der „sozialen Frage" kann eine Teilbereichspolitik an Emanzipation gewinnen. Darin liegt die Aufgabe linksradikaler Zusammenhänge: „Schafft eins, zwei, drei viele Gorleben", zu jederzeit, zu jeder Frage, den Sprung vom Teilbereich zur Fundamentalopposition schaffen, heißt revolutionäre Inhalte in der Region und überall dort, wo Sensibilität für das Thema aufgebracht wird, hineinzutragen. An der Atomkraft spitzt sich vieles zu, kollidiert selbst mit Positionen großer Teile der BRD-Bevölkerung - unsere Aufgabe „im Kampf um Befreiung": Die Widersprüche aufzeigen, das wahre Gesicht des BRD-Staates entlarven, bis zu dem Tag an dem dieses Land uns gehört.



FÜR EINE STARKE REVOLUTIONÄRE BEWEGUNG ! HINTER DER ATOMKRAFT STECKEN MACHT- UND PROFITINTERESSEN !
DIE KLASSENLOSE GESELLSCHAFT ERKÄMPFEN !

München den 24.3.97



an die berliner s-bahn ag

ALLE TAGE SABOTAGE !

Sehr geehrte damen und herren,?!
in der nacht vom 20. [illegible] 3.3.97 und den darauffolgenden nächten haben wir uns die berliner s-bahn ag vorgenommen und mehrere kabel gekappt und streckenmelder zerstört. hoffentlich haben wir für einiges chaos bei ihnen gesorgt!
dies kann für sie als angriff gegen ihre partnerschaft mit der deutschen bahn ag aufgefasst werden, die atommüll gegen den willen der bevölkerung - und trotz der unverantwortlichkeit für einen solch strahlenden transport - auf ihren schienen befördert.
auch wehren wir uns gegen die tariferhöhungen, die alles andere als fair sind (bezugnehmend auf ihre werbekampagne „fairpreise"). ausserdem richten wir uns gegen die einführung von 1. klasse-wagen, womit sie ihren beitrag zur klassendifferenzierung tun — damit die zukünftig in berlin sitzende regierung der armut, die sie mit ihrer sparpolitik produziert, aus dem weg gehen kann. —• WEG MIT DER 1. KLASSE!
• SCHLUSS MIT DEM HAUPTSTADTWAHN!
• ÖFFENTLICHE VERKEHRSMITTEL ZUM NULLTARIF! • CASTOR NIX[4] KOMMT BESTIMMT !

N.I.X.[3]

In der Nacht vom 17./18.03.1997 haben wir über die Straße zum Weiterstadter Knast ein Transparent mit folgender Aufschrift gespannt:

Den Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse organisieren !
Freiheit für alle politischen Gefangenen !
- sofort und bedingungslos -

Außerdem haben wir in der Nacht vom 01./02.03.1997 am Zaun des LKA Wiesbaden ein Transparent mit der Aufschrift angebracht:

Freiheit für die Gefangenen aus der RAF !
- sofort und bedingungslos ! -

Dazu haben wir einen Sprengsatz abgelegt, der nicht explodierte.

Während die Gefangenen u.a. seit Anfang der 80-iger Jahre in Betonzellen sitzen, und in ihren Kommunikationsmöglichkeiten massiv behindert werden, versinkt die Linke draußen weitgehend in Sprachlosigkeit, während die Reaktion durchmarschiert. Wir lassen unsere vielfältigen Möglichkeiten Widerstand zu leisten zu sehr ungenutzt!

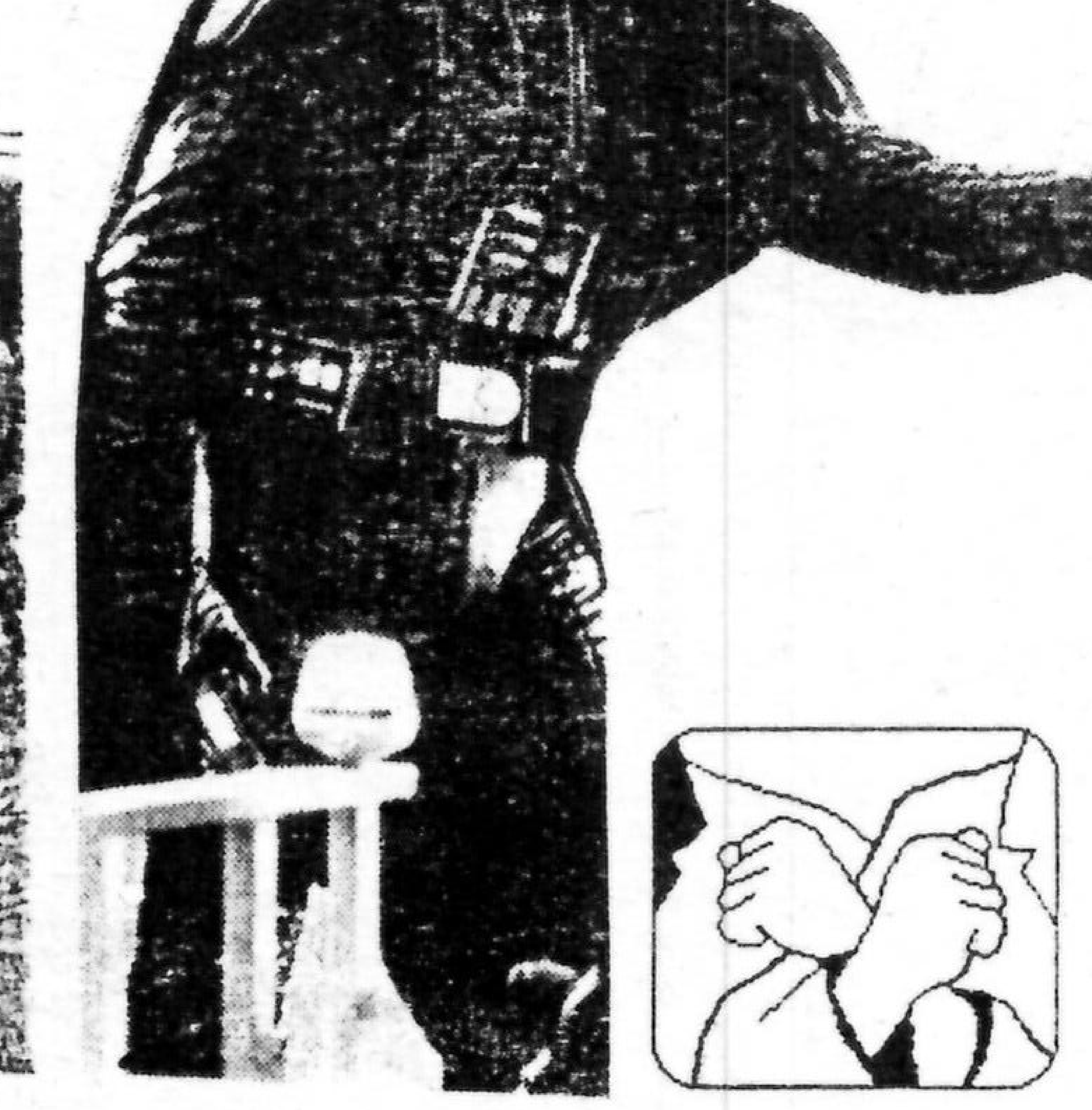
Obwohl wir sehr wenige geworden sind, lassen wir uns von der demonstrierten Übermacht des Staates nicht einschüchtern und werden die Freiheit der politischen Gefangenen so lange verlangen, bis die Genoss/Innen endlich frei sind !

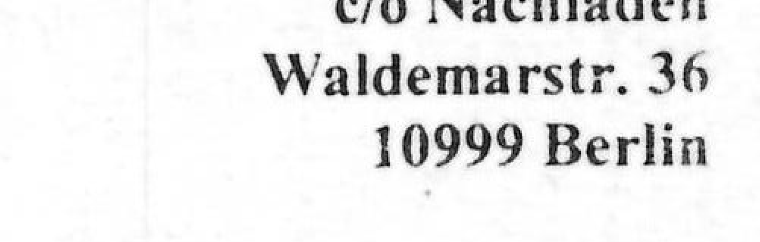
DEN WIDERSTAND ORGANISIEREN !

22.03.97
Die Gorgonen

"*Schwarze müssen im Gegensatz zu Weißen jederzeit damit rechnen, kontrolliert zu werden. Es gehört zu ihrer Alltagserfahrung, daß ihnen Polizeibeamte mit dem Satz »Don't swallow!« zuallererst an die Gurgel gehen oder mit dem Befehl »Open your mouth!« die Kiefer auseinander drücken. Sie werden routinemäßig zur Wache verbracht, wo sie sich nackt ausziehen müssen. Wer protestiert, wird beschimpft, bedroht oder geschlagen. Pauschale Verdächtigungen können dazu führen, daß mitgeführtes Bargeld - und seien es auch nur 40 DM - als angeblicher Verkaufserlös aus Drogengeschäften beschlagnahmt wird. Die Behauptung eines Polizisten, »Schluckbewegungen« gesehen zu haben, zieht die Vergabe von Brechmitteln nach sich, um dem Betroffenen angeblich verschluckte Drogenpäckchen auskotzen zu lassen. Ein deutscher weißer Unternehmensberater, dem solches widerfährt, würde zum Auslöser eines mittleren Skandals. Für Menschen mit schwarzer Haut ist es hingegen Alltag. Ein Schwarzer ist stets verdächtig, ein Drogendealer zu sein.*"







Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Berlin
c/o Nachladen
Waldemarstr. 36
10999 Berlin

Buchvorstellung:

Am Freitag den 11. April 20 Uhr

stellt ein Vertreter des

Antirassismusbüro Bremen

das Heft 4 der FFM-Schriftenreihe vor:

"Sie behandeln uns wie Tiere"

Rassismus bei Polizei und Justiz in Deutschland

im Buchladen...

Schwarze Risse, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, [U] Mehringdamm

Im Zuge des 18. März, dem Kampftag für die Freiheit der politischen Gefangenen, wurden in Berlin Postkarten hergestellt, die an politische Gefangene verschickt wurden. Der Schwerpunkt lag auf Gefangene, die in europäischen Ländern einsitzen. Nun, wir haben noch Postkarten über, die Ihr als Zeichen der Solidarität mit den Gefangenen verschicken könnt.
Der Text auf der Karte lautet...

Lieber Genosse, liebe Genossin, wir senden Dir über die Mauern unsere Solidarität. Hier in Deutschland sind es hunderte deutsche, kurdische und türkische GenossInnen, weltweit sind es Hunderttausende, die im Knast sind, weil sie gegen imperialistische Unterdrückung aufgestanden sind. Der 18. März ist hier ein Kampftag: Freiheit für alle politischen Gefangenen - weltweit! Gemeinsam werden wir siegen!

... und wurde auch ins Englische, Französische, Spanische, Arabische und Türkische übersetzt.

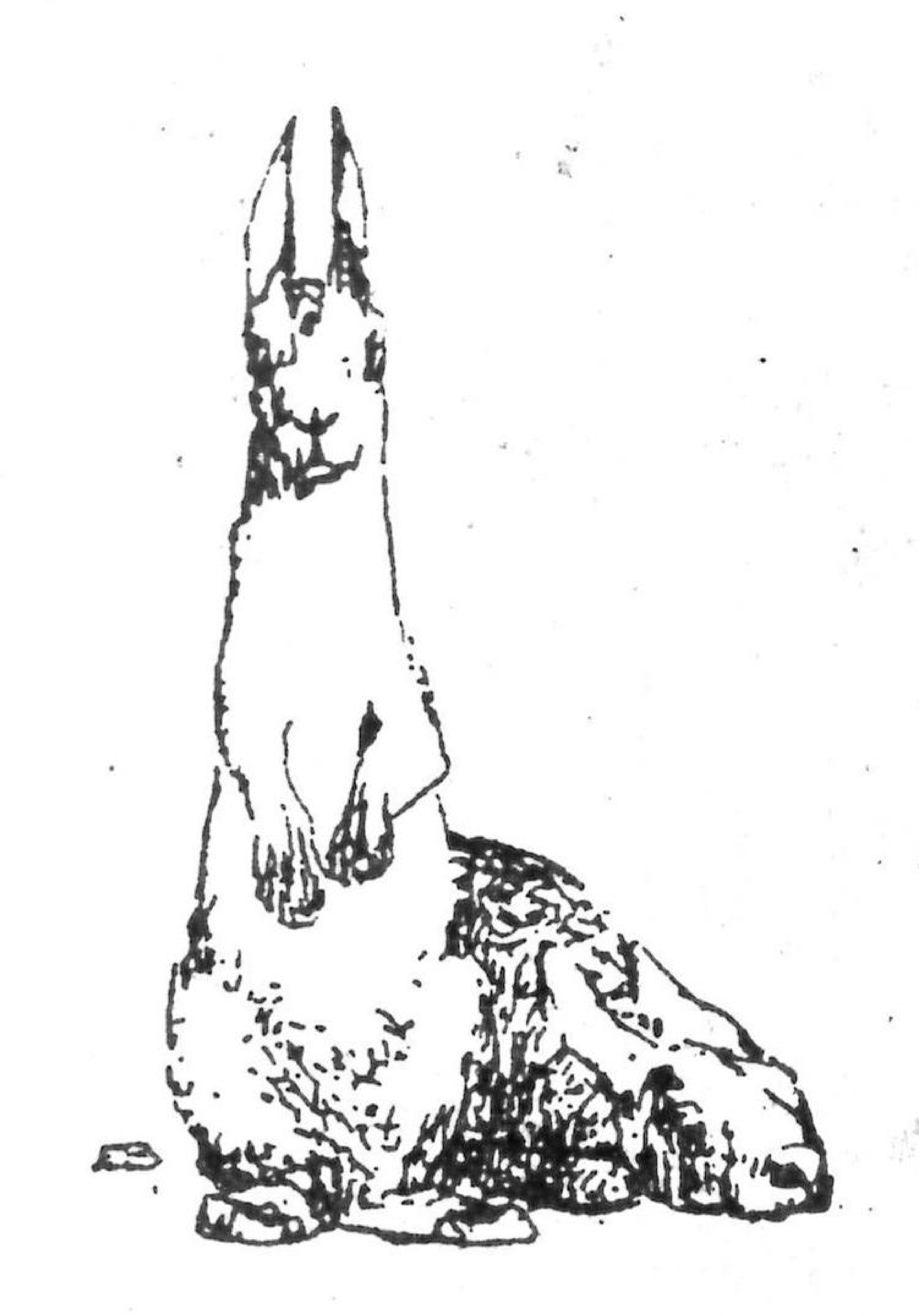
Die adressierten Karten könnt Ihr bei der obigen Kontaktadresse bestellen. Legt bitte das nötige Rückporto in Form von Briefmarken bei. Spenden, die der Finanzierung der Druckkosten dienen, sind gern gesehen.



Hoch die internationale Solidarität!

... und was wir noch zu sagen hätten: Schokies, die uns die Stunden des Lesens & Klebens versüssen müssen wir uns immer öfter selber kaufen, also...
Wünsche, bestimmte Diskussionen zu kopieren & zu verschicken können wir leider nicht erfüllen, da muß der/die LerserIn selber ins Archiv & kopieren.
Und wer mal wieder plakatieren gehen will: das Plakat von der Rückseite dieser Nummer ist ab diesem Wochenende in der Schwarzen Risse zu erhalten. Viel Spaß & tschüs

Inhalt



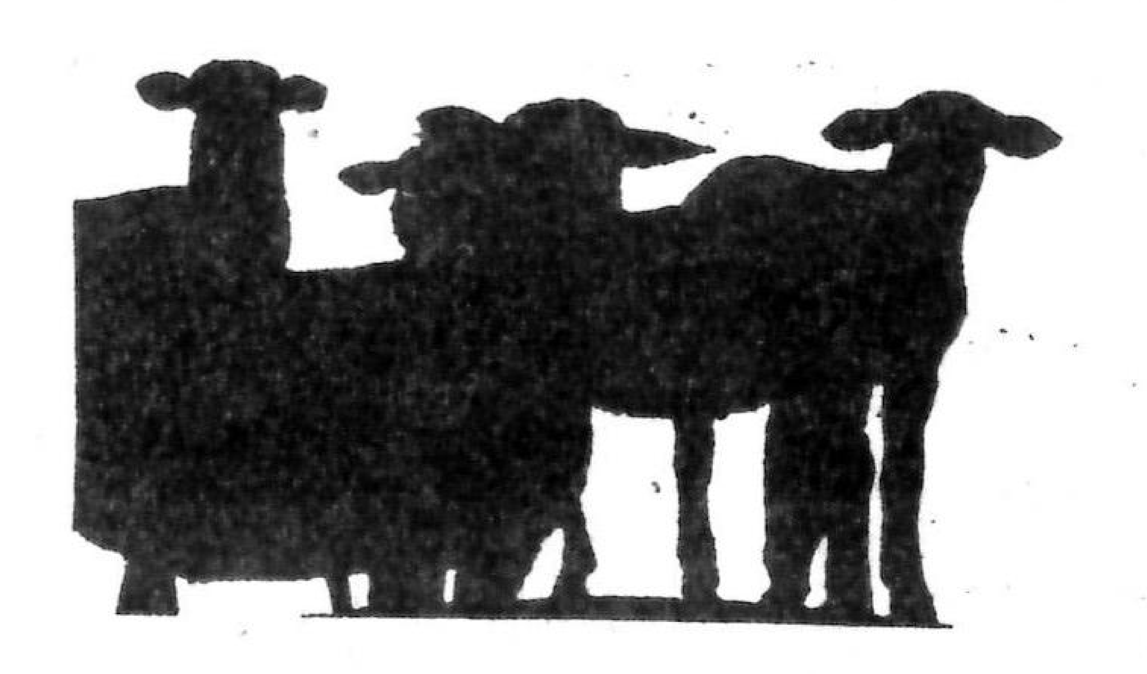
Ordner

In eigener Sache:

Liebe autonome Gruppen,
zu Eurer Kritik (Interim 413, 20.3.97)

Wir entschuldigen uns dafür, daß wir die Kürzung nicht kenntlich gemacht und Euer Papier nicht in den Ordner getan haben. Unser Eindruck war, daß allen LeserInnen der Interim die Beweg- und Hintergründe für Aktionen gegen die Bundesbahn im Zusammenhang mit dem Castortransport klar sind, sie waren in letzter Zeit u.a. in der Interim immer wieder Thema.

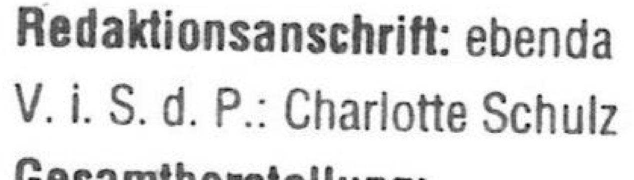
tschüs, Eure I.s



Impressum:

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift: ebenda



V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Mr. PROPER

Ultrarechts

DER GENERAL

PUTZT FÜR´S KAPITAL

GREIF DIR DIE GROSSE FLASCHE!

ECHT ÄTZEND



DER GENERAL

CITRO-KRAFT

Inhalt: General Schönbohm ist der erste Militär, der in der BRD eine gehobene politische Stellung einnimmt – und so verhält er sich auch. Er hat seine strategische Aufgabe: Er soll Berlin von allem bereinigen, was nicht in das neue Hauptstadtbild paßt. Wenn Du nicht in sein Schema paßt, wirst Du weggeputzt. ...aber seine Träume können wir zerplatzen lassen!